



Oktober 2018
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Die Schweiz und Europa

Freizügigkeit und Flankierende – wohin?

Das grosse Interview mit SGB-Präsident Paul Rechsteiner

Mit dem VPOD Krankenkassenprämien sparen

Dank der Vereinbarung mit der Helsana-Gruppe profitieren VPOD-Mitglieder und ihre im gleichen Haushalt lebenden Familienangehörigen (Ehepartner/innen, Lebensgefährte/innen, Kinder sowie Eltern) von attraktiven Vergünstigungen und Vorteilen:

**Vereinbarung für die Marken
Helsana und Progrès**

**15% Vergünstigung auf den meisten
Zusatzversicherungen dieser Marken**

**Partnerschaft mit dem führenden
Schweizer Krankenversicherer**



Versicherte, welche bereits über eine dieser Marken der Helsana-Gruppe versichert sind, können die bisherige Krankenversicherung neu in der Vereinbarung mit der gleichen Deckung weiterführen.

Einzige Änderung neben der tieferen Prämie:

Der VPOD ist für das Prämieninkasso zuständig. Versicherten ausserhalb der Helsana-Gruppe vermitteln wir gerne eine Beratung und/oder Offerte.

Kontakt und weitere Informationen:

Zentralsekretariat VPOD
Postfach 8279
8036 Zürich
nicolas.wildi@vpod-ssp.ch
Telefon 044 266 52 65



Jetzt den roten VPOD-Taschenkalender 2019 bestellen!

mit Termin-, Monatsplaner und Adressverzeichnis
mit Unfallversicherung (auf Wunsch)

- | | |
|---|----------------------|
| <input type="checkbox"/> mit Versicherung (gültig bis zum vollendeten 70. Altersjahr) | Fr. 18.35 inkl. MwSt |
| <input type="checkbox"/> ohne Versicherung | Fr. 8.65 inkl. MwSt |

Bestellung unter Angabe der gewünschten Version (mit/ohne Versicherung) und der Mitgliedsnummer an VPOD-Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich oder per Mail an patrizia.loggia@vpod-ssp.ch.

Themen des Monats

- 5** **No Deal**
Der VPOD unterstützt das Referendum gegen die AHV-Steuer-Vorlage
- 6/7** **Auftakt zum Frauenstreik 2019**
20 000 demonstrieren gegen Lohnungleichheit und sexistische Diskriminierung
- 8** **Alle Macht den Kassen**
Die Einführung der monistischen Gesundheitsfinanzierung wäre fatal
- 9–13** **Dossier: Freizügigkeit und Flankierende**
«Rote Linie» bleibt
Warum es die 8-Tage-Frist braucht
Paul Rechsteiner erklärt die SGB-Europapolitik
Blick zurück in die «Barackenschweiz»
- 16–17** **Serie: 100 Jahre Landesstreik**
Folge 5: Fake News – Bomben aufs Bundeshaus

Rubriken

- 4** **Gewerkschaftsnachrichten**
- 14** **Aus den Regionen und Sektionen**
- 15** **Susi Stühlinger: Wie die Zeit vergeht**
- 18** **Wirtschaftslektion: Tieflohnbranche Onlinehandel**
- 19** **Wettbewerb: Hall of Fame**
- 20** **VPOD aktuell**
- 21** **Hier half der VPOD: Ein zerrüttetes Verhältnis**
- 22** **Solidar Suisse: Nida geht jetzt zur Schule**
- 23** **Menschen im VPOD: Paul Rechsteiner, scheidender SGB-Präsident, SP-Ständerat**

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 8, Oktober 2018
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Marx in Chemnitz

1953 wurde die Stadt Chemnitz gemäss dem unerforschlichen Ratschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik in Karl-Marx-Stadt umbenannt. Was etwas seltsam ist, denn Marx war gar nie dort. Aber die echten Marx-Städte – Trier, Paris und London – lagen für Ulbrichts Regime halt nicht in Reich- und Benennungsweite.

1990 stimmten die Karl-Marx-Städterinnen und Karl-Marx-Städter mit 76 Prozent für die Rückbenennung ihrer Stadt. Aber während andernorts auch Denkmäler abgeräumt wurden – etwa Lenin in Berlin, wie man aus «Goodbye, Lenin» weiss –, blieb Marx in Chemnitz. Seine überdimensionierte Porträtbüste zeugt, zusammen mit der Stadthalle und dem Hotelhochhaus, noch immer vom einstigen Willen, eine moderne, eine sozialistische, eine internationale Stadt zu sein.

Sieben Meter hoch und anscheinend ungerührt steht Marx jetzt inmitten von Demonstrierenden, die leider sehr Unappetitliches äussern. Ein mutmasslich von nordafrikanischen Zuwanderern begangenes Tötungsdelikt nehmen sie zum Anlass für Hetze, Hass und Hitlergruss. Andere brüllen nicht, aber stehen zustimmend dabei. «Ich bin Oma, kein Rassist», sagt gemäss NZZ eine Frau beim Bürgergespräch mit dem Ministerpräsidenten. Du meine Güte, auch der originale Nationalsozialismus wurde nicht von lauter Vollzeitnazis gemacht. Und wohl auch nicht ganz ohne Grossmütter.

Der dringlich erwartete Aufstand der Anständigen kam dann doch noch: Am Konzert von Feine Sahne Fischfilet, Tote Hosen & Co. waren 65 000. Es wäre schön gewesen, wenn die 65 000 etwas eher aufgestanden wären. Und es wäre, bei aller Liebe zur Musik, eindrücklicher gewesen, wenn es nicht einschlägiger Bands zur Mobilisierung bedurft hätte. Immerhin hat dann auch noch Schlagerikone Helene Fischer einen Appell gegen Fremdenfeindlichkeit abgegeben, wofür man sie schon fast für den Friedensnobelpreis nominieren möchte. (Zumal heuer weissgott nicht viel Konkurrenz ist.)

«Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» Der Aufruf steht mehrsprachig hinter dem Chemnitzer Denkerkopf zu lesen. Und er stand vor 170 Jahren im Kommunistischen Manifest. Marx sagte, die Gegensätze der Völker schwänden mehr und mehr, jene der Klassen aber verstärkten sich. Zweieinhalb Weltkriege später haben das leider erst unsere Gegner begriffen. Sie wissen, dass man Coca-Cola und Facebook auf der ganzen Welt verkaufen und Menschen unabhängig ihrer Herkunft ausbeuten kann. Sie haben kein Vaterland ausser jenes, wo gerade die Steuern am tiefsten sind. Und jene, die heute am lautesten «Wir sind das Volk» krakeelen, sind just diejenigen, die es spalten.



Über die Waldgrenze hinaus:
Postauto über den Gotthard.



Über den Patentschutz hinaus:
Blutdrucksenker von Novartis.

Postauto: Nicht mehr ins Gebüsch biseln

«Ja, wir haben Fehler gemacht», sagt Postauto-Interimschef Thomas Baur im *Blick*-Interview (20.9.). Die Syndicom hat diese Aussage mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Firmenkultur lasse sich allerdings nur mit einem stärkeren Einbezug der Belegschaft ändern. Zu den jetzt auch von Baur benannten Missständen gehören: die Big-Brother-artige Überwachung der Chauffeurinnen und Chauffeure sowie die minutengenaue und stets zugunsten des Arbeitgebers ausfallende Dienstplanung («Dienstbeginn: 6.31 Uhr»). Auch fehlende Toiletten waren Thema. Die öffentliche Absichtserklärung durch die Interimsleitung schaffe immerhin die Grundlage für eine verbesserte Sozialpartnerschaft. | *slt* (Foto: DathArt/iStockphoto)

Umzug Radiostudio: «Affront»

Der Beschluss, die Informationsabteilung des Radios von Bern nach Zürich zu verschieben, ist aus Sicht des SSM ein Affront. Damit schwäche der SRG-Verwaltungsrat die regionale Verankerung und gefährde die inhaltliche Vielfalt der Berichterstattung. SRG und SRF müssten jetzt alles daransetzen, das beschädigte Vertrauensverhältnis zu stärken, verlangt die Gewerkschaft. | *ssm/slt*

Novartis: 2150 Stellen weg – für den Börsenkurs?

Die Unia fordert von der Novartis den Rückzug ihrer Schrumpfung- und Verschiebungspläne. Der Abbau von 2150 Stellen in der Schweiz diene einzig und allein der Optimierung des Aktienkurses. Das Un-

ternehmen ist kerngesund: 2017 wurden 11,8 Milliarden US-Dollar an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet. «Es ist schockierend, dass die Arbeitnehmenden nun für die Profite der Aktionäre bezahlen sollen», schreibt die Unia. Sie fordert eine tripartite Kommission zur Suche nach alternativen Lösungen. | *unia/slt* (Foto: Smuconlew/Wikimedia)

Swisscom: Schluss mit Druck und Abbau

4000 Swisscom-Beschäftigte haben die Syndicom-Petition zum Stopp des Personalabbaus bei der Swisscom unterschrieben. Sie setzen damit ein Zeichen gegen übersteigerte Gewinnerwartungen. Die Vorgaben müssten gesenkt werden, wenn sich die Swisscom weiterhin als gute Arbeitgeberin mit guten und innovativen Dienstleistungen behaupten wolle, sagt Syndicom. | *syndicom*

Krankenkassen schon längst untragbar

Trotz des moderaten Anstiegs der Krankenkassenprämien im nächsten Jahr ist für den SGB klar: So lange die Grundversicherung nicht anders finanziert wird, führt jeder Anstieg zu mehr sozialer Ungleichheit. Die Gesundheitskosten nähmen allein wegen der Alterung der Bevölkerung zu – es sei aber «kein Naturgesetz, dass dabei für die unteren und mittleren Einkommensklassen auch die Prämien steigen müssen», sagt der SGB. Das soziale Korrektiv der Prämienverbilligungen ist allerdings in vielen Kantonen massiv gekürzt worden. Der SGB begrüsst daher die SP-Initiative zur Begrenzung der Prämienlast. | *sgb*

SGB-Frauen: Frau an die Spitze

Aus Sicht von dessen Frauenkommission ist es höchste Zeit für eine Frau an der Spitze des SGB. In einem Hearing hätten sowohl Marina Carobbio (VPOD) als auch Barbara Gysi (PVB/Unia) als «starke und kämpferische Persönlichkeiten» überzeugt. Allerdings hat Carobbio ihre Kandidatur inzwischen zurückgezogen. Auch Gysi bescheinigt die Frauenkommission «die nötige Führungserfahrung, Durchsetzungskraft und Kompetenz, um den Gewerkschaftsbund in die Zukunft zu führen». Bisher gab es in der 138-jährigen Geschichte des SGB erst 4 Jahre, in denen eine Frau (mit) an der Spitze stand: Von 1994 bis 1998 teilte Christiane Brunner das Präsidium mit Vasco Pedrina. | *sgb-fk/slt*

Nachholbedarf: 2 bis 2,5 Prozent mehr Lohn

Die Wirtschaft boomt. Erstmals seit fast 10 Jahren steigen die Konsumentenpreise um knapp 1 Prozent. Die Firmen machen Gewinne. Darum verlangt der SGB nun auf breiter Front eine Lohnerhöhung. Nötig seien 2 bis 2,5 Prozent, wobei die Löhne der Frauen stärker angehoben werden sollen als jene der Männer. Wie stets propagiert der SGB generelle statt individuelle Lohnerhöhungen. | *sgb*

AHV-Steueranlage: Stimmfreigabe des SGB; der VPOD unterstützt das Referendum

No Deal

Der AHV-Steuer-Deal ist innerhalb der Linken umstritten: Der VPOD hat nach dem Stimmfreigabe-Entscheid des SGB an seiner Delegiertenversammlung beschlossen, das Referendum gegen die Vorlage zu unterstützen. | Text: Christoph Schlatter (Illustration: SRF)

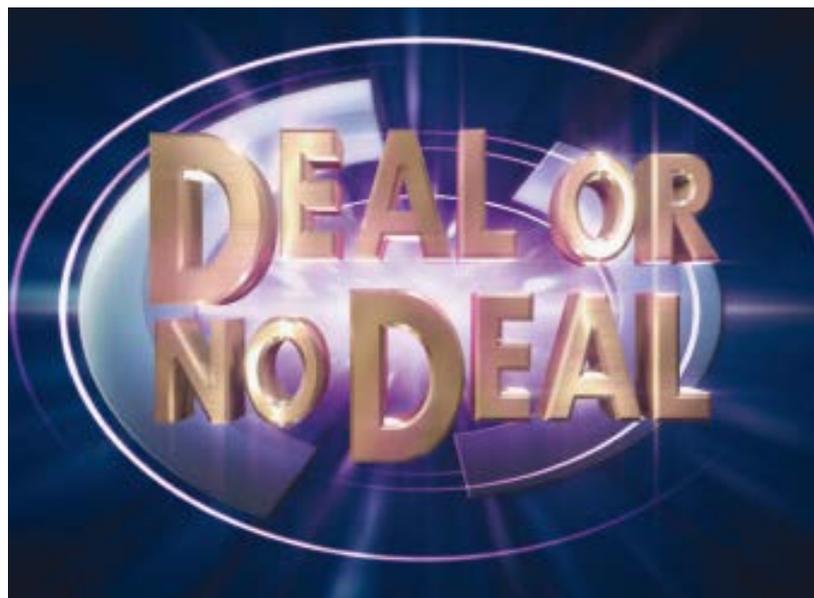
Die Beurteilung der mit 2 AHV-Milliarden verknüpften Steuervorlage ist innerhalb der Linken und auch bei den Gewerkschaften stark umstritten. Während am Wochenende die SP mit Zweidrittelmehrheit für das Paket votierte, wurde an der SGB-Delegiertenversammlung Stimmfreigabe beschlossen. Die VPOD-Delegiertenversammlung nahm das als Steilvorlage: Sie verweigerte dem Deal nicht nur die Unterstützung, sondern entschied, das auch von den Grünen beschlossene Referendum mitzutragen.

Kollaps bei den Kommunen

Kungelei? Kuhhandel? Die Meinungsunterschiede hinsichtlich der disparaten Vorlage resultieren wesentlich aus einer unterschiedlichen Beurteilung der kantonalen Steuerenkungen. Sind diese untrennbar mit der Vorlage verbunden? Lassen sie sich mit kantonalen Referenden abwenden? Oder wird gar die Ablehnung des AHV-Steuer-Pakets solchen Wettbewerb erst recht anheizen? Auch die Patentbox, Bestandteil der neuen Vorlage, generiert unterschiedliche Einschätzungen: Ist sie ein legitimer Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Abschaffung derartiger Steuersparvehikel? Oder ein plumper Versuch, alte Tricks durch neue Tricks zu ersetzen?

In der SGB-Delegiertenversammlung setzte sich die befürwortende Seite knapp durch – trotz des Nein-Votums der Unia vom selben Morgen. Und trotz der Tatsache, dass die ablehnenden Voten – fast alle in französischer Sprache vorgetragen – in der Debatte klar in der Mehrzahl gewesen waren. Auch VPOD-Granden wie Michela Bovolenta, Agostino Soldini oder Graziano Pestoni warnten vor einem eigentlichen Steuerkollaps, der auch durch die Zugewinne bei der AHV nicht verschönert werde. Die SGB-Spitze, Chefökonom Daniel Lampart und Präsident Paul Rechsteiner, betonten derweil den historischen Terraingewinn bei der AHV: Seit 1975 wäre es das erste Mal, dass es gelänge,

Deal or No Deal? So hiess nicht nur eine TV-Sendung; das Motto prägte auch die Debatten über das AHV-Steuer-Paket.



zusätzliche Lohnprozente in das «Umverteilungswerk Nummer 1» einzuspeisen.

Weil aber die Furcht vor einer Zerreihsprobe für die Gewerkschaftsbewegung in eine Stimmfreigabe des SGB mündete, fühlte sich die VPOD-Delegiertenversammlung frei, einen Schritt weiterzugehen und nach der Ablehnung des Pakets auch die Unterstützung des Referendums zu beschliessen. Auch hier war die Besorgnis über die Auswirkungen in den Kantonen und in den Kommunen machtscheidend, die von Urs Stauffer, Präsident des Zentralverbandes ZV, mit drastisch tiefroten Zahlen untermalt wurden. Dagegen betonte SGB-Chefökonom Daniel Lampart die gegenüber der Unternehmenssteuerreform III erzielten Verbesserungen auf der nationalen Ebene und warb um Verständnis dafür, dass die von einzelnen Kantonen blindlings eingeräumten Steuerprivilegien allmählich und nicht von 100 auf 0 herunterzufahren sind.

Jackpot im Regen

Lampart warnte auch davor, die nun auf dem Silbertablett dargebotenen 2 Milliarden liegenezulassen: «Wenn wir sie nicht nehmen,

werden die Banken sie für die Abschaffung der Stempelsteuer abgreifen.». Markus Bischoff nannte das an der SGB-DV «einen Jackpot im ideologischen Regen stehenlassen». Im befürwortenden Lager wurden zudem Bedenken laut, dass nach einer Ablehnung der Vorlage an der Urne sofort unterschiedliche Deutungen herumgeboten würden: War es ein Nein zur Patentbox? Ein Nein zu mehr Geld für die AHV? Ein Nein zu Steuerenkungen? Oder ein Nein zur Angleichung der Schweizer Steuergesetzgebung an internationale Erfordernisse?

VPOD für Barbara Gysi

Die Anhörung der beiden fürs SGB-Präsidium Kandidierenden, Pierre-Yves Maillard (SP-Regierungsrat Waadt) und Barbara Gysi (SP-Nationalrätin St. Gallen) endete mit einem klaren Votum der VPOD-Delegierten: Sie stimmten mit 25 zu 4 Stimmen für Gysi. Maillard wurde zwar gleichfalls das Format fürs Amt bescheinigt, seine Positionierung hinsichtlich der innergewerkschaftlichen Balance stiess jedoch auf Kritik. | slt



Demonstration für Lohngleichheit und gegen sexistische Diskriminierung: 20 000 Frauen haben genug!

Auftakt zum Frauenstreik 2019

20 000 Personen haben in Bern für Lohngleichheit und gegen sexistische Diskriminierung demonstriert – Frauen, aber auch solidarische Männer. Ein gelungener Auftakt zum Frauenstreik 2019. | Text: VPOD (Fotos von links oben nach rechts unten: Annette Boutellier, Eric Roset, Annette Boutellier, Marco Berardi, Olivia Kron, Annette Boutellier, Florian Thalmann, Eric Roset)

Auch wenn Berufe kein Geschlecht haben, bleibt die Arbeitswelt doch segregiert. In der Kinderbetreuung arbeiten beispielsweise zu 90 Prozent Frauen: Die Qualifikationen werden nicht wirklich anerkannt, die Löhne sind niedrig und der Sektor steht unter einem starken Druck, die Kosten weiter zu senken. «Wir wollen mehr Wertschätzung der Frauenberufe und ein Ende der Geschlechtertrennung am Arbeitsmarkt», sagt VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber.

Frauen verdienen im Durchschnitt ungefähr ein Fünftel weniger als die Männer. Diese Differenz ist auf der Grundlage eines Vollzeitjobs berechnet. Da die meisten Frauen Teilzeit arbeiten, weil sie neben der Erwerbsarbeit zwei Drittel der unbezahlten Arbeit schultern, beträgt der durchschnittliche Unterschied auf der Lohnabrechnung 32 Prozent. Diese Lohnungleichheit muss endlich behoben werden – denn sie hat Folgen für die Rentenbildung. Die Renten der Frauen liegen 37 Prozent unter denjenigen der Männer.

«Damit Frauen überhaupt die Möglichkeit haben, auf anständige Renten zu kommen, braucht es höhere Löhne, nicht ein höheres Rentenalter, und endlich auch echte Vereinbarkeit», fordert Christine Flitner, VPOD-Sekretärin und zuständig für die Frauenkommission. Dies bedeutet eine Reduktion der Vollarbeitszeit und mehr bezahlte Pflege- und Betreuungsurlaube. Die Frauen in Bern haben deutlich gemacht: Ihnen reicht's. «Diese Kundgebung ist unser Auftakt zum Frauenstreik 2019», bekräftigt Katharina Prelicz-Huber.



Mogelpackung

Der Nationalrat hat die ohnehin schwache Vorlage zur Lohngleichheit zerzaust und abgeschwächt: Die Mehrheit der Firmen bleibt ausgenommen, es gibt keine Sanktionen bei Verstößen, die Sozialpartner werden nicht einbezogen, und nach 12 Jahren soll das Gesetz stillschweigend wieder beerdigt werden. Es ist überdeutlich, dass die Mehrheit des Parlaments nicht wirklich etwas gegen Lohnungleichheit tun will. Das zeigen auch die länglichen Diskussionen über erklärable und nicht erklärable Lohnunterschiede – auch die erklärbaren sind ja Ergebnis von Diskriminierung und müssen weg. Kurz: Der Nationalrat serviert eine Mogelpackung. Es müssen andere Saiten aufgezogen werden, damit endlich Verständnis einkehrt. | vpod

Die Finanzierung der Gesundheitsleistungen «aus einer Hand» führt in die Sackgasse

Alle Macht den Kassen?

Und wieder versuchen die Krankenkassen, ihre Macht auszubauen. Eine Parlamentarische Initiative aus dem Jahr 2009 soll dazu den Weg bereiten. Heftiger Widerstand ist programmiert – und gut begründet.

| Text: Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: sudok1/iStock)



Die Krankenkassen wollen auch die Spitäler kontrollieren. Die «monistische» Finanzierung wäre aber fatal.

Nach dem Willen der Urheberin der Parlamentarischen Initiative, CVP-Nationalrätin und Krankenkassenlobbyistin Ruth Humbel, sollen die Krankenkassen künftig neben der ambulanten auch die stationäre Versorgung steuern und kontrollieren. Mitte September endete die Vernehmlassungsfrist für einen Vorentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates zur Umsetzung der Initiative «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus».

Verlust demokratischer Kontrolle

Der VPOD lehnt – genau wie der SGB und weitere Personalverbände – den Vorentwurf kategorisch ab und fordert stattdessen eine Debatte über eine bedürfnisgerechte Gesundheitsversorgung und -finanzierung. Das ist dringend notwendig, während das Vorhaben bürgerlicher Politikerinnen und Politiker, die Macht der Krankenkassen noch mehr zu stärken, zwangsläufig in die Sackgasse führt. Mit der Abgabe der politischen Verantwortung wäre die Umverteilung von Steuergel-

dern verbunden: Mindestens 8 Milliarden Franken flössen zusätzlich zu den Krankenkassen. Genauso fatal wäre es, die sensiblen Gesundheitsdaten noch weiter in den Händen der Krankenkassen zu konzentrieren. Es darf nicht sein, dass noch mehr demokratische Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten in diesem gesellschaftlich und volkswirtschaftlich so bedeutsamen Sektor verloren gehen.

Die gesetzliche Grundlage des aktuellen Gesundheitssystems ist das Krankenversicherungsgesetz (KVG). Dieses erweist sich immer deutlicher als Fehlkonstruktion. Denn die Einführung von Wettbewerb hat nicht zu Kostensenkungen im Gesundheitswesen geführt, sondern wegen zahlreicher Fehlansätze genau das Gegenteil bewirkt. Die Krankenkassen spielen in diesem versagenden System eine tragende Rolle. Sie sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Seit Jahren belasten steigende Krankenkassenprämien die Bevölkerung. Seit Jahren werden die Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal immer unerträglicher. Diese zwei Akteure haben keine mächtige Lobby im

Parlament, auf ihrem Buckel werden die Folgen des Systemversagens ausgetragen. Eine der Folgen dieser kurzsichtigen Politik: Fast die Hälfte der dringend benötigten Fachpersonen steigt wieder aus dem Beruf aus. Ohne die Rekrutierung von ausländischem Personal würde das Schweizer Gesundheitswesen kollabieren. Der Personalmangel – vor allem in der Langzeitpflege – wird massiv zunehmen, doch die Politik hüllt sich in Schweigen.

Eine qualitativ hochstehende Versorgung kostet. Wir werden immer älter und im hohen Alter multimorbid. Wir haben hohe Ansprüche, und es werden aufgrund der höheren weiblichen Erwerbsquote künftig weniger Frauen für die unentgeltliche Betreuungsarbeit zur Verfügung stehen. Wir müssen als Gesellschaft also darüber reden, welche Versorgung und Betreuung wir wollen und welchen Preis wir dafür zu zahlen bereit sind. Es gibt Kosten, die sich als Folge der Demografie ergeben. Sie sind nicht vermeidbar. Es gibt demgegenüber Kosten, die eine Folge von unsinnigem Wettbewerb sind – und die sich vermeiden liessen.

Gesellschaftlicher Entscheid

Der Wettbewerb im Gesundheitswesen führt zu sinnlosem Wettrüsten bei der Infrastruktur und zu explodierenden ärztlichen Honoraren und Kaderlöhnen. Dafür wird beim restlichen Personal gnadenlos gespart. Wir müssen als Gesellschaft darüber entscheiden, welche Kosten wir zu tragen bereit sind und welche nicht. Der VPOD setzt sich dafür ein, dass die demokratische Kontrolle und Steuerung des Gesundheitswesens gewahrt und gestärkt werden. Der Zugang und die Verwaltung sowie die Aufarbeitung der sensiblen Gesundheitsdaten müssen in staatlicher Hand bleiben. Gute Pflege und Betreuung sind nicht möglich ohne würdevolle Arbeitsbedingungen. Die Initiative und der Vorentwurf jedoch tragen nichts zu einer Verbesserung bei, deshalb sind sie ohne Wenn und Aber abzulehnen.

Die Gewerkschaften protestieren gegen das Ansinnen, beim Lohnschutz den EU-Begehrlichkeiten nachzugeben

«Rote Linie» bleibt

Über 200 Arbeitnehmende aus der ganzen Schweiz haben im September auf dem Bundesplatz in Bern symbolisch die «rote Linie» gebildet, die der Bundesrat in den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU nicht überschreiten darf (siehe Interview mit Paul Rechsteiner, folgende Seiten). Damit protestierten sie gegen die Pläne der FDP-Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann, die heutigen flankierenden Massnahmen auszuhöhlen. Die Durchsetzung der 8-Tage-Regel, die ein Teil dieser Massnahmen ist, ist für anständige ausländische Entsendefirmen keineswegs hinderlich oder übermässig bürokratisch (siehe unten). | *sgb*



Warum die 8-Tage-Frist?

Vorlauf ist ohnehin nötig: Ausländische Firmen beginnen eine Arbeit in der Schweiz kaum je von einem Tag auf den anderen. Materialbeschaffung, Einsatzplanung und Koordination erfordern normalerweise sowieso mehr als 8 Tage Vorlaufzeit. In über 95 Prozent der Fälle dauert es bis zum effektiven Einsatz deutlich länger als 8 Tage. Die 8-Tage-Voranmeldung ist also kein Problem. In Ausnahmefällen kann die Arbeit vor Ablauf der Frist aufgenommen werden.

Gegen Scheinselbständige: Viele Entsendefirmen deklarieren ihre Beschäftigten zum Schein als selbständig, damit sie die Schweizer Arbeitsbedingungen nicht einhalten müssen. Ohne Voranmeldung hätten die entsendenden Firmen in

vielen Fällen den Einsatz schon beendet, ehe die Kontrollorgane überhaupt davon wissen.

Gegen Verschleierung: Entsendefirmen können sich durch mangelnde Kooperation einer vertieften Kontrolle entziehen. Oder durch Namensänderung. Oder durch Konkurs. Bussen bleiben dann wirkungslos. Daher ist das Einverlangen einer Kautions vor Arbeitsbeginn das einzige taugliche Instrument – gegenüber ausländischen Entsendefirmen genauso wie gegenüber unseriösen und kurzlebigen Schweizer Firmen mit hohem Konkursrisiko.

Ungleichbehandlung vermeiden: Werden die ausländischen Firmen nicht kontrolliert und nicht sanktioniert, entsteht eine Ungleichbehandlung

zwischen in- und ausländischen Firmen. Bei ausländischen Firmen könnte niemand die Arbeitsbedingungen überprüfen; die inländischen Firmen würden hingegen kontrolliert und bei Verstössen gebüsst. Das schafft ungleiche Spiesse und bevorteilt die ausländischen Anbieter.

Schutz der anständigen Firmen: Wer sich korrekt verhält, hat durch Kontrollen und die vorgängige Meldung der Beschäftigten keine Nachteile zu befürchten. Die Anmeldung verhindert auch Fehler aus Unkenntnis. Sie dient also nicht nur den Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern ebenso dem entsendenden Unternehmen. Und überhaupt jenen, die sauber und anständig geschäfteten. | *sgb*

Interview mit Paul Rechsteiner, SGB-Präsident, über Lohnschutz und unser Verhältnis zur EU

«Im Herzen der Auseinandersetzung»

Die Gewerkschaften halten an den «roten Linien» fest: Die flankierenden Massnahmen sind nicht verhandelbar. Paul Rechsteiner erklärt dem VPOD-Magazin, wieso. Und was aus Europa werden soll.

| Interview: Christoph Schlatter (Fotos: Alexander Egger)

VPOD-Magazin: Paukenschlag zum Ende der Sommerpause: Der SGB schließt die Tür beim Dossier «flankierende Massnahmen» und verabschiedet sich von einem Rahmenabkommen mit der EU.

Paul Rechsteiner: Wir sind für die bilateralen Verträge mit der EU. Aber wir machen nicht mit, wenn es darum geht, den Schweizer Lohnschutz mittels 8-Punkte-Programm nach den Anforderungen der EU-Kommission herunterzufahren – und das in substantziellen Teilen, vom Kontrollmechanismus bis zum GAV-Vollzug. Und wir haben das auch klar erläutert: Unsere Position ist diejenige der «roten Linien» des Bundesrats. Wir brauchen einen nicht-diskriminierenden eigenständigen Schutz unserer Löhne. Das ist das Erfolgsmodell der Schweiz in den letzten 20 Jahren. Die Bilateralen müssen den Berufstätigen nützen, statt ihnen zu schaden.

Und das hängt tatsächlich an diesen 8 Tagen? An dieser Anmeldefrist für entsandte Unternehmen?

Als ein Element im Kontrollsystem ist die Frist wichtig. Es wird ja dezentral durch die paritätischen Kommissionen in den Kantonen kontrolliert. Die sind nah an der Praxis. Und für diese Kontrollen bleibt schlicht nicht genug Zeit, wenn die Frist geringer ist als 8 Tage, zumal dann, wenn 2 Tage davon gleich durch ein Wochenende weggefressen werden. Dass die Kontrollen wirksam sind, kann niemand bestreiten. Wir haben, im Unterschied zu anderen Ländern in vergleichbarer Situation, unser Lohnniveau halten und bei den Tieflohnen sogar verbessern können. Noch immer werden bei 20 bis 25 Prozent der Kontrollen Lohnverstösse aufgedeckt. Die fehlbaren Firmen müssen dann nachzahlen. Und sie tun es, wenn sie weiterhin Aufträge in der Schweiz bekommen wollen und daher eine Sperre fürchten.

Besteht das Problem denn darin, dass die EU unser dezentrales, föderalistisches System nicht begreift?

Nein. Sondern: Die EU hat ihre Politik geändert. Es war ja am Anfang meines Präsidiums, 1998 bis 2000, wo wir über die Bilateralen verhandelt und die Werkzeuge des Lohnschutzes entwickelt und aufgebaut haben. Die Lohnkontrollen waren die Basis für die gewerkschaftliche Zustimmung zur Öffnung. Unser Lohnschutz entspricht dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Es gibt keine Diskriminierung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, wenn sie in der Schweiz arbeiten. Aber 10 Jahre später hat die EU einen neoliberalen Kurswechsel eingeläutet, indem die kommerziellen Freiheiten der Firmen nun plötzlich über dem Lohnschutz stehen...

... was wohl mit der EU-Osterweiterung zu tun hat, oder?

Die Kehrtwende des Europäischen Gerichtshofs – ich denke an das absurde Laval-Urteil – hat in der Tat mit einigen Richtern aus Ostmitteleuropa zu tun, mit denen die Mehrheit kippte. Aber sie hat sich zugleich eingeschrieben in eine neoliberale Neuorientierung, die schliesslich für das gesamte Europaprojekt zur Gefahr wird. Ob dieses eine Zukunft hat, wird davon abhängen, ob die sozialen Errungenschaften wieder einen Platz bekommen.

Auch gewerkschaftsintern war und ist der europapolitische Kurs ja Gegenstand von Kontroversen.

Richtig. Der Wechsel vom Kontingentsystem zur Personenfreizügigkeit war eine der grössten Veränderungen im Arbeitsmarkt und ein riesiger Kraftakt. Die Neuori-

entierung der Schweizer Gewerkschaften war entscheidend dafür. Die Bedingung dafür war das neue System des Lohnschutzes. Dieser ist für die Löhne und die Arbeitsplätze zentral. Nicht nur für jene der Schweizerinnen und Schweizer. Er schützt nichtdiskriminierend auch jene der vielen Immigrantinnen und Immigranten, die in der Schweiz arbeiten. Wenn sie schlechter bezahlt würden, zieht das alle Löhne nach unten. Mit der neoliberalen Wende wurden die Lohnkontrollen plötzlich zum Marktzugangshindernis für EU-Firmen und zu einem Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit. Es kamen Reklamationen an die Adresse der Schweiz. Der Bundesrat hat sie auf Druck der Gewerkschaften pariert, er hat die «roten Linien» festgelegt. Das Dramatische des Sommers 2018 liegt nicht darin, dass die EU-Kommission Druck macht; das tut sie seit Langem. Es liegt darin, dass zwei freisinnige Bundesräte wesentlich und willentlich die «rote Linie» des Gesamtbundesrates überschreiten, dass sie den Lohnschutz diskreditieren und lächerlich machen. Dass Schneider-Ammann eine Gruppe einsetzt, die den Lohnschutz an die Wünsche der EU anpassen soll. Dazu haben wir Nein gesagt.

Aber lässt sich denn nicht über die Mittel sprechen, wenn am Ende die gleiche Wirkung erzielt wird? Jedenfalls stellt Cassis das so dar: Wir geben den Lohnschutz keineswegs auf, sondern versuchen, das gleiche Resultat mit einem moderneren Instrumentarium als dem von 1998 zu erreichen.

Nun, wenn der Tag lang genug ist, sagen Cassis und Schneider-Ammann beliebig viel und je auch das Gegenteil davon – ihre Glaubwürdigkeit beim Lohnschutz ist unter null. Wenn man anfängt, den Lohnschutz auf die Erfordernisse der EU auszurichten, bedeutet das, dass der freie Marktzugang für EU-Fir-

«Die Bilateralen müssen den Berufstätigen nützen, nicht ihnen schaden.»

«Ob das Europaprojekt eine Zukunft hat, hängt davon ab, ob die sozialen Errungenschaften darin einen Platz haben.»



men das höchste Kriterium darstellt. Seinerzeit, als wir die Verhandlungen mit der EU angingen, ging es bei den arbeitsrechtlichen Normen stets um Minimalnormen – die einzelnen Staaten waren selbstverständlich frei, darüber hinauszugehen und einen stärkeren Schutz zu etablieren. Jetzt wollen die freisinnigen Bundesräte im Gefolge der EU-Kommission das Schutzniveau absenken. Und das ist genau die Perversität, die zur antisozialen Entwicklung in der EU geführt und das gefährliche Erstarren des Rechtspopulismus gefördert hat.

Im Augenblick sieht es fast so aus, als ob Europa vor unseren Augen auseinanderbräche. Wer ausser Merkel und Macron steht denn noch dafür ein?

Wir, die Gewerkschaften. Wir haben einen positiven Bezug zu Europa. Die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg stellt historisch einen riesigen Fortschritt dar. Es lässt sich kaum vorstellen, was es bedeuten würde, wenn Europa wieder in die Logik des Nationalismus zurückfiel. Das Europaprojekt hat seine Legitimationsprobleme dort, wo seine Verliererinnen und Verlierer sitzen. Und wir Gewerkschaften müssen dringend dagegenhalten, müssen für ein Gegenprojekt eintreten zur Austeritätspolitik, wie sie nach der Finanzkrise um sich griff.

Von diesem Europa geht auch eine immense Bedrohung des Service public aus. Was man am Beispiel Griechenlands sehen kann, das gezwungen wird, sein Tafelsilber zu verkaufen.

Ein starker Service public ist zentral. Nehmen wir die Bahn. Als kleines, stark vernetztes Land in der Mitte Europas hat die Schweiz automatisch eine gewisse Vorreiterrolle. Wir haben bisher erfolgreich dafür gekämpft, unser Erfolgsmodell der integrierten Bahn – einer Bahn, wo Schiene und Verkehr aus einer Hand kommen – zu bewahren.

Ja, gegenüber dem gewaltigen Liberalisierungs- und Deregulierungsstrudel ist die Schweiz in gewissen Bereichen standhaft geblieben. Auch die internationalen Buskonzerne bleiben unseren Städten ja fern, weil hier kein Blumentopf zu gewinnen ist. Dafür geht unser Postauto auf Streifzug in Frankreich, aber das ist eine andere Geschichte.

Eine Geschichte, die ihren Ursprung in den 1990er Jahren hat. Das war das Zeitalter des

Weissbuchs von de Pury und Konsorten und des allgemeinen Service-public-Bashings. Damals wurden SBB, Post und Swisscom verselbständigt. Seither hat der Wind wieder zugunsten des öffentlichen Dienstes gedreht. Dabei hat der VPOD mit dem gewonnenen Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz 2002 eine wichtige Rolle gespielt. Oder nimm «unsere» St. Galler Buschauffeurinnen und -chauffeure. Sie haben sich erfolgreich gegen die Auslagerung der Verkehrsbetrie-

be gewehrt – fast allein gegen den Rest der Welt. Heute ist die Verkehrskommission des Ständerats ein eigentlicher Hort der Verteidigung des Service public. Dort haben auch die Bürgerlichen aus den Regionen gemerkt, was es geschla-

gen hat, und verschaffen unseren Positionen solide bis erdrückende Mehrheiten.

Im Augenblick beherrscht die angebliche Flüchtlingskrise die Migrationsdebatte – und gar nicht so sehr die Arbeitsmigration. Inzwischen sind in zweien unserer Nachbarländer, die doch eigentlich zur Kern-EU gehören, Rechtspopulisten an der Macht. Und Deutschland scheint zerrissen.

Je geringer die Flüchtlingszahlen, umso lauter die Hetze. Auch die Schweizer Gewerkschaften sind durch mehrere migrations- und ausländerpolitische Auseinandersetzungen gegangen, angefangen bei der Schwarzenbach-Initiative 1970. Das waren Zerreihsproben, aus denen wir nur mit der Integration der zugewanderten Kolleginnen und Kollegen und mit dem Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» herausgefunden haben. Wir vertreten die gleichen Positionen wie jene der Gewerkschaften in der EU. Das gilt auch für die flankierenden Massnahmen. Deshalb erhalten wir in unserem Kampf für den Lohnschutz Solidaritätsbotschaften der ausländischen Kolleginnen und Kollegen mit dem Inhalt: «Gebt auf keinen Fall nach, ihr kämpft auch für uns!» Denn auch in anderen Ländern wird ein wirksamer Lohnschutz immer wichtiger. Der Schweiz kommt in dieser Frage wegen der hohen Löhne und wegen ihrer starken wirtschaftlichen Verflechtung eine Vorreiterrolle zu. Wir befinden uns also tatsächlich im Herzen der Auseinandersetzung.

Nun scheint es aber doch, dass sich die EU wieder etwas in unsere Richtung

bewegt. Beispielsweise wurde die Entsenderichtlinie angepasst.

Die Dinge bewegen sich in unsere Richtung. Der Lohngleichheitssatz gilt heute im Prinzip auch bei der EU-Kommission. Macron hat sich dafür stark gemacht, die Entsenderichtlinie zu verbessern. Das Problem liegt indes bei deren Umsetzung – und in einem Konstruktionsfehler: Es handelt sich wie erwähnt nicht mehr um Mindestnormen, über welche die Staaten hinausgehen dürfen. Sondern um Maximalnormen, welche den Lohnschutz der einzelnen Länder beschneiden. Ein krasses Beispiel dafür ist Österreich: Auf Betreiben des EU-Generalanwalts mussten die Anmeldefristen im österreichischen Lohnschutzsystem abgeschafft werden – und prompt gibt es im Burgenland riesige Probleme mit Dumpingfirmen aus Ungarn.

Aber wenn es zu einer europapolitischen Abstimmung kommt, bei der wir mit der SVP Seit' an Seit' schreiten müssen – das wäre doch fatal.

Diese Gefahr besteht nicht. Es ist unvorstellbar, dass die Schweiz auf der bilateralen Spur weiterfahren kann, ohne dass die sozialen Interessen geschützt werden. Diese Verknüpfung war die Lehre aus dem EWR-Nein – und sie gilt noch immer. Im Augenblick wäre man gut beraten, zunächst einmal die beiden SVP-Initiativen zu besiegen, die Anti-Menschenrechtsinitiative, die im November zur Abstimmung kommt, und die Initiative, welche die Bilateralen kündigen will. Diese innenpolitische Flurbereinigung ist notwendig. Und Aufgabe der Linken ist es bei alledem, die Interessen der Beschäftigten zu wahren, ihre Löhne und ihre Renten und gleichzeitig die Menschenrechte zu verteidigen. Gewerkschaften, die das nicht wollen oder nicht können, haben ihre Aufgabe verfehlt und ihre Legitimation verwirkt.



Die Schweiz und ihre ausländischen Arbeitskräfte

«Quer durch die Arbeiterschaft»

Von 1914 bis zur Jahrtausendwende versuchte die Schweiz, die Zuwanderung nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen zu steuern – ohne Rücksicht auf Menschenwürde. In diese «Barackenschweiz» kann niemand zurückwollen. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Uri Urech)

«Gegen die Zuwanderung von Ausländern gibt es nichts einzuwenden. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in der Schweiz niederlassen wollen.» Was der Bundesrat 1924 schrieb, war im Wesentlichen bis in die 1990er Jahre eine Konstante der schweizerischen Politik. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs waren Europas Grenzen offen gewesen. Nach 1918 blieb die kriegsbedingte Abschottung bestehen, später unterstützt von der Weltwirtschaftskrise und von nationalistischen und faschistischen Strömungen. Auch als nach dem Zweiten Weltkrieg ein beispielloser Wirtschaftsaufschwung die Schweiz erfasste, wollte man keine dauerhafte, sondern eine «rotierende» Zuwanderung, die zugleich, wie dann in der Krise der 1970er Jahre, als Konjunkturpuffer diente.

Hier arbeiten, nicht hier leben

Ausländische Arbeitskräfte sollten ins Land kommen: zum Arbeiten, nicht zum Leben. Integration wurde unterbunden, namentlich durch das unselige Saisonierstatut. Dieses war schon 1934 «erfunden» worden, es entfaltete seine Wirkung aber vor allem zwischen 1951 und 1970, als insgesamt 3 Millionen Saisonierbewilligungen ausgestellt wurden. Die Zuwanderer, mehrheitlich Männer, kamen aus Italien, später vermehrt auch aus Spanien, Portugal, aus dem damaligen Jugoslawien und aus der Türkei. Sie mussten nach 11, nach einer Verschärfung des Statuts schon nach 9 Monaten in die Heimat zurückkehren – in der Hoffnung, nächste Saison wieder engagiert zu werden: im Tourismus, in der Landwirtschaft, in der Industrie. Familiennachzug war ihnen untersagt. Und sie durften weder den Aufenthaltsort – oft traurige Baracken fernab der Zentren – noch die Stelle wechseln, was sie der Arbeitgeberwillkür auslieferte.

Trotz, eher: wegen dieser Abschottung wuchsen «Überfremdungsängste». Die Debatte schwappte von ökonomischen Argumenten auf kulturelle und identitäre, die bis heute do-

«Barackenschweiz»: Unwürdige Verhältnisse unter dem Saisonierstatut.



minieren: Die Schweiz könne ihre Eigenart unter dem Zuwanderungsdruck nicht bewahren. Ein negativer Meilenstein ist die Schwarzenbach-Initiative, die 1970 von den (männlichen) Stimmbürgern nur knapp, mit 54 Prozent Nein, verworfen wurde. Diese Initiative hätte den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf 10 Prozent beschränkt; Tausende sassen auf gepackten Koffern. Eine ähnliche Initiative wurde 1973 an der jetzt auch den Frauen zugänglichen Urne abgelehnt.

«Es wäre Hochverrat ...»

Auch bei der Linken waren Fremdenfeindlichkeit und die Bejahung der entsprechenden Initiativen weit verbreitet. Auf Druck der Gewerkschaften hin wurde beispielsweise der betriebliche Plafond für ausländische Arbeitskräfte im Verlauf der 1960er Jahre herabgesetzt. «Die Front pro und kontra Schwarzenbach-Initiative geht auch quer durch die Arbeiterschaft hindurch», schrieb die *VPOD-Zeitung* 1970 kurz vor dem Urnengang. Allerdings war die offizielle Position der Gewerkschaften eindeutig: «Es wäre Hochverrat ..., wenn wir als Gewerkschaften durch Unterstützung der Schwarzenbach-Initiative dazu beitragen würden, die ... Demütigung

der Ausländer sogar verfassungsrechtlich zu verankern.» Zum Debakel wurde 1981 die gewerkschaftlich-linkskatholische «Mitenand»-Initiative, die den Status der Saisoniers verbessern wollte und mit 84 Prozent Neinstimmen brutal verworfen wurde.

Auch bei der fatalen EWR-Abstimmung von 1992 siegte die nationalistische Position. Die Gewerkschaften hatten zu wenig in der Hand, ihrem Publikum eine Öffnung zu Europa schmackhaft zu machen. Die «kopernikanische Wende» in der Ausländerpolitik gelang erst mit den Verhandlungen über die bilateralen Verträge – gleichzeitig mit der langsam auch ins Unternehmertum hereindämmenden Erkenntnis, dass mit der dauernden Zufuhr von unqualifizierten Billigkräften notwendige Produktivitätssteigerungen hinausgezögert oder verhindert werden. Die Einführung der Personenfreizügigkeit, begleitet durch flankierende Massnahmen zum Lohnschutz, war 2002 der grosse Durchbruch, wie auch Vasco Pedrina in seiner sehr lesenswerten Broschüre festhält.

Vasco Pedrina: Von der Kontingentierungspolitik zur Personenfreizügigkeit. Gewerkschaftliche Migrationspolitik im Wettlauf gegen Diskriminierungen und Lohndumping (PDF auf unia.ch)



5. Zürcher Ferienwoche: «Hinhaltetaktik»

Vor den Sommerferien hat der Regierungsrat des Kantons Zürich «5 Wochen Ferien für alle» angekündigt – eine Mogelpackung, weil gleichzeitig die Wochenarbeitszeit von 42 auf 42,5 Stunden erhöht worden wäre. Das Personal war empört. Jetzt zieht die Regierung diese Idee zurück und veranstaltet eine Umfrage. Die Direktionen und Anstalten sollen kundtun, welche Modelle welche Auswirkungen haben. Für VPOD-Regionalsekretär Roland Brunner eine unnötige Zusatzschleife und «Hinhaltetaktik». | slt (Foto: RomanBabakin/iStock)

Basel: Gegen Überlastung von Lehrpersonen

Mit einer Petition fordert der VPOD Region Basel Massnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Entlastung der Lehrpersonen. Diese sollen sich wieder verstärkt ihrer eigentlichen Aufgabe – dem Unterrichten – widmen können und daher von Administrativem entlastet werden. Auch die Forderung nach Senkung der Klassengrössen bleibt aktuell – und gut begründet: Kleinere Klassen in der Primarschule führen zu besseren Leistungen. | vpod (Foto: VPOD)

«Grosse Kiste» an Zürcher Berufsschulen

Die historisch gewachsene Aufteilung der Berufe auf die verschiedenen Zürcher Berufsschulen ist heute suboptimal. Im Willen, dies zu ändern, sind sich die Bildungsdirektorin, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt, die Rektorate und der VPOD einig. Noch besteht allerdings kein Konsens darüber, wie genau «eine gute Lösung für alle» auf freiwilliger Basis zustandekommen soll. Regierungsrätin Silvia Steiner spricht von einer «grossen Kiste». 360 Beschäftigte werden

VPOD Basel will Lehrpersonen entlasten.

VPOD Zürich will mehr Ferien für alle.

von den Massnahmen betroffen sein; der VPOD wird sich dafür einsetzen, dass sie nicht auf Entlassungen hinauslaufen. Auch ist die Schaffung von «Kompetenzzentren» kein Sparprogramm! | vpod

Freiburg: Protest gegen Renteneinbussen

Dass den Freiburger Kantonsangestellten deftige Renteneinbussen drohen, hat über 1000 von ihnen auf die Strasse getrieben. Der VPOD Fribourg hat berechnet, dass die Pläne für die Pensionskasse des Staatspersonals (PKSPF) zu bis zu 40 Prozent geringeren Renten führen werden. Auch die Möglichkeit zur vorzeitigen Pensionierung ginge weitgehend verloren – faktisch eine Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 64 Jahre. Die Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat, die ebenfalls geplant ist, wurde in den Deutschschweizer Kassen fast überall bereits vollzogen. Wenn der Systemwechsel kommt, dürfte ein Personalengpass unvermeidlich sein, weil sich alle, die können, noch zu den alten Bedingungen in die Frührente retten. | slt/vpod

St. Gallen: Blackbox Nelo

Der VPOD Ostschweiz hat einen Offenen Brief an die Regierung lanciert, der wenigstens etwas Licht ins Dunkel des neuen Lohnsystems Nelo bringen soll. So will man erreichen, dass die Regierung ihre Einstufungskriterien offenlegt. Auch soll eine paritätische Kommission geschaffen werden, die Streitfälle beurteilt. Das Schreiben beklagt ferner die Praxisferne des Personalamts und allgemein mangelnde Wertschätzung. Personalpolitisch relevante Gremien müssen aus VPOD-Sicht zwingend paritätisch besetzt sein. Nicht nur in dieser Hinsicht ist das einseitige Nelo-Projekt ein Affront. | slt

Rückwärtsgewandtes Solothurn

Die Solothurner Regierung hat in einer Vernehmlassung die Eckwerte der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 vorgestellt. Der VPOD Solothurn lehnt diese sogenannte Vorwärtsstrategie entschieden ab. Die angepeilte Tiefsteuerstrategie schadet dem Kanton, dem Personal und der Bevölkerung. Vor allem ist nicht ersichtlich, weshalb Kantone wie Solothurn, wo die Statusgesellschaften nur einen marginalen Anteil der Unternehmen ausmachen und wo darum auch die Folgen der Steuervorlage übersichtlich sind, nun ihre Gewinnsteuern auf «Zuger Niveau» senken sollen. | vpod

Bald Mindestlohn in Basel-Stadt?

Der Kanton Neuenburg hat's vorgemacht: Dort gilt seit August 2017 ein kantonaler Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde. Ein Verein aus Gewerkschaften und Parteien will jetzt in Basel-Stadt nachziehen – mit einer kantonalen Volksinitiative. Der Mindestlohn soll 23 Franken pro Stunde ausmachen, was ungefähr 4000 Franken Monatslohn brutto entspricht. | slt

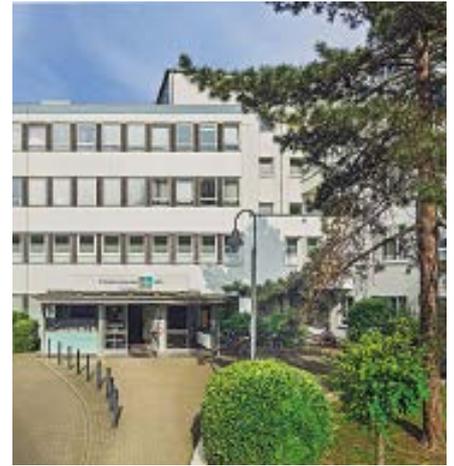
EuGH: Geschiedener Arzt darf bleiben

Chefarzt lässt sich scheiden und heiratet eine andere Frau. Nicht der Rede wert? Doch. Und zwar, wenn sich der Fall mit einem katholischen Chefarzt an einem katholischen Spital in Deutschland abspielt, konkret: dem St.-Vinzenz-Krankenhaus in Düsseldorf. Dem Mann wurde 2009 nach jahrelanger Tätigkeit gekündigt. Seither läuft der Rechtsstreit. Das Verdikt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ist jetzt aber sonnenklar: Der Arzt kann nicht mit der Begründung entlassen werden, dass seine kirchenrechtlich ehebrecherische Zweitehe die Loyalitätspflicht gegenüber dem Arbeitgeber verletze. Für die Tätigkeit eines Arztes an einer Klinik ist es aus Sicht des Gerichts keine «wesentliche, rechtmässige und gerechtfertigte berufliche Anforderung», das Eheverständnis der katholischen Kirche zu teilen. Erkennen lasse sich dies etwa daran, dass nichtkatholische Ärztinnen und Ärzte in gleicher Stellung geduldet werden, und zwar auch wiederverheiratete. | *slt* (Foto: VKKD)

Neuenburger Gericht untergräbt Streikrecht

6 Jahre nach dem Streik beim Krankenhaus «La Providence» gibt es ein neues Urteil des Strafgerichts Neuenburg: 4 Gewerkschaftsmitarbeitende wurden wegen Hausfriedensbruch und übler Nachrede verurteilt. Das Schlimme an der Entscheidung seien nicht die Geldstrafen (im mittleren 4-stelligen Bereich), sondern die Relativierung des Streikrechts, kommentiert Gewerkschaftsanwalt Christian Dandrès. Das Gericht sieht den Streik als unverhältnismässiges Mittel

Muss wiederverheirateten
Chefarzt akzeptieren:
Vinzenzspital in
Düsseldorf.



zum vorliegend angestrebten Zweck an (es ging damals darum, die weitere Anwendung des kantonalen Gesundheits-GAV auf das Spital durchzusetzen bzw. dessen Ausscheiden aus dem Vertrag zu verhindern). Die Anwendung eines Verhältnismässigkeitskriteriums ist gemäss Dandrès bei einem Grundrecht ohnehin fragwürdig; die fundamentalen Rechte gälten prinzipiell vorbehaltlos und seien nur durch Gesetze einschränkbar. Das Gericht war zudem der Ansicht, dass Botschaften wie «pas de CCT = hôpital fermé» («kein GAV = Spital geschlossen») missverständlich und dass Formulierungen wie «pratiques des gangster» («Gangstermethoden») inakzeptabel seien. | *vpod*

Susi Stühlinger Wie die Zeit vergeht

Wie die Zeit vergeht. Doris und Mario feiern ihr Einjähriges. Für unsere kleine Feierabendbierrunde haben sie den Stammtisch in Marios Beiz hergerichtet: mit kleinen Häppchen und Kerzen und Servietten – ein Novum hier in dieser Knelle. Könnte ich mich dran gewöhnen, sagt Koni, solltet ihr öfter machen.

Wie die Zeit vergeht. Schon mehr als ein Jahr ist es her, dass das Stimmvolk die Vorlage zur Altersvorsorge 2020 bachab geschickt hat. Und jetzt haben die in Bern dieses Ekelpaket von Päckli geschnürt, diesem unseligen Deal zugestimmt, der gar nie hätte sein müssen, hätten doch bloss nicht damals ein paar Vollposten das Referendum zur AHV-Reform ergriffen, jetzt also ein bisschen Altersvorsorge für die einen, ein bisschen Steuergeschenke für die anderen, hat zwar überhaupt nichts miteinander zu tun, aber für den Gesetzgeber gilt das mit der Einheit der Materie ja nicht, ein gutschweizerischer Kompromiss, mit dem am Ende keiner glücklich ist, sagt Koni. Das ist das Wesen unserer Demokratie, sagt Koni, da ringt man um eine Lösung, mit der am Ende alle unglücklich sind, aber immerhin ist das Unglück wenigstens gerecht verteilt oder so.

Jetzt halt mal die Luft an, sagt Doris, wir sind hier, um zu feiern, und da lassen wir uns nicht die Stimmung vermiesen von deiner Politisiererei und sowieso, was hast du gegen Kompromisse, als ob nicht alles im Leben ein Kompromiss wär, schau, zum Beispiel der Mario und ich, wir gehen ständig Kompromisse ein, so ist das in jeder Beziehung, Mario zum Beispiel wollte Schinkengipfeli und ich lieber Pastetli mit Lachsmousse und jetzt haben wir diese Lachsgipfeli, die sind doch fantastisch. Um ehrlich zu sein, schmecken sie nicht besonders, meint Koni. Das ist ja wohl eine Frechheit, verschwinde doch, wenn es dir nicht passt, meint Doris. Ich sagte doch, Schinkengipfel wären besser,

meint Mario. Gewisse Dinge ändern sich nie.

Wie die Zeit vergeht. Zeitgleich mit dieser Kolumne hatte ich einst ein Studium begonnen, das sich, ebenso wie mein Kolumnistinnen-dasein, dem Ende zuneigt. Nur noch wenig Zeit, wenige Zeilen bleiben uns also zusammen, Koni, Doris, Mario, mir und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Ende Jahr ist Schluss, dann machen wir Platz für andere,

vielleicht etwas weniger streitsüchtige Gesellinnen und Gesellen. Doch bis dahin spiele ich den Ball gerne Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser zu: Was wollten Sie schon immer von Koni und Doris wissen? Letzte Gelegenheit, die beiden beim Zanken zu beobachten. Ich werde die Fragen gern in unsre kleine Feierabendbierrunde weiterleiten.

Du tust was? fragt Doris und verschluckt sich fast am gespritzten Weisswein. Du tust was? fragt Koni und wischt sich die Krümel aus dem neuerdings spriessenden Dreitagebart. Unsere Biergespräche? fragt Koni. In einem Gewerkschaftsheftli? fragt Doris. Die beiden funkeln mich an. Immerhin sind sie ausnahmsweise mal nicht aufeinander wütend. Ich stopfe mir ein Lachsgipfeli in den Mund und verdrücke mich. Beim nächsten Mal sollte sich die Aufregung gelegt haben. Hoffe ich.



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Längst widerlegte Verschwörungstheorien vernebeln bis heute den Blick auf den Landesstreik

Fake News: Bomben aufs Bundeshaus



Der unmittelbare Auslöser des Landesstreiks war der Beschluss des Bundesrats vom 6. November 1918, Zürich und Bern als Präventivmassnahme gegen **angebliche Putschpläne** militärisch zu besetzen. Die Antwort des Oltener Aktionskomitees auf diese Provokation war der Proteststreik vom 9. November und – nach gescheiterten Verhandlungen mit dem Bundesrat – der Landesstreik vom 12. bis 14. November. Weder damalige polizeiliche Untersuchungen noch die historische Forschung haben je eine Spur irgendwelcher Umsturzpläne gefunden. Nicht Fakten waren es, die Armeeleitung und Bundesrat zu ihrem verhängnisvollen Entscheid bewegten, sondern der mehr oder weniger blinde Glaube an fantasievolle, aber einer seriösen Überprüfung nicht standhaltende Verschwörungstheorien.

Einen entscheidenden Anstoss für das Truppenaufgebot gab das Schreiben von General Ulrich Wille vom 4. November 1918 an den Bundesrat. Wille schrieb darin unter anderem, er glaube an die **«Möglichkeit eines plötzlichen und unerwarteten Ausbruchs einer Revolution»**. Dies schon deshalb, weil er überzeugt sei, dass «in Zimmerwald und Kiental beschlossen worden sei, mit dem Umsturz der staatlichen Ordnung in der Schweiz den Anfang zu machen». Typisches Beispiel einer **unhaltbaren Verschwörungstheorie**: Zum einen war an den

beiden internationalen sozialistischen Konferenzen im September 1915 und April 1916 nichts Derartiges diskutiert, geschweige denn beschlossen worden. Zum anderen verkennt der General hier den Unterschied zwischen Armeen und sozialen Bewegungen: Letztere treten nicht gemäss den Befehlen eines Oberkommandos in Aktion. Aber es überrascht nicht, dass ein hoher Offizier verschwörungstheoretisch denkt: Falschmeldungen sind seit jeher ein bekanntes Mittel der Kriegspropaganda, und die militärische Zensur begünstigt die Verbreitung von Gerüchten. Auch die Presse in der neutralen Schweiz war im Ersten Weltkrieg nicht davor gefeit, solche Fake News weiterzuverbreiten.

Eine ergiebige Quelle für Falschmeldungen war der franko-russische Publizist und Übersetzer **Serge** (ursprünglich Sergeij Markowitsch) **Persky (1870–1938)**, der zeitweise in Montreux wohnte und regelmässig für die bürgerliche Presse der Suisse Romande schrieb. Zwischen 1918 und 1920 veröffentlichte Persky in der liberal-konservativen und frankreichfreundlichen *Gazette de Lausanne* wiederholt «Dokumente», von denen er behauptete, dass sie von der Sowjetregierung stammten und deren Umsturzpläne in der Schweiz belegten. Ein am 29. Oktober 1918 unter dem Titel **«Pour terroriser le monde»** publizierter Artikel Perskys, den die *NZZ* zwei Tage später auszugsweise in

deutscher Übersetzung wiedergab, trug sicher nicht wenig zur Panikstimmung bei, die in diesen Tagen grosse Teile des schweizerischen Bürgertums erfasste. Persky legte darin einen Brief vor, den der sowjetrussische Politiker Moissei Urizki (1873–1918) erhalten haben soll – zwei Monate bevor er durch einen Revolutionsgegner ermordet wurde. In diesem Schreiben vom Juni 1918 wird empfohlen, in der Schweiz einen Generalstreik auszulösen und gleichzeitig **Bombenanschläge auf das Bundesgericht in Lausanne, das Bundeshaus in Bern, die Nationalbank in Zürich und die Genfer Hauptpost** zu verüben. Selbst der Bundesrat nahm die Bombengeschichte anfänglich ernst. Am 12. November, dem ersten Tag des Landesstreiks, leitete er ein Strafverfahren «wegen Verbrechen gegen die innere und äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft» ein und bezog sich dabei ausdrücklich auf Perskys Artikel. Doch schon am 8. Mai 1919 kam der Untersuchungsrichter zum Schluss, es handle sich bei diesem und weiteren von Persky publizierten «Dokumenten» höchstwahrscheinlich um **Fälschungen aus exilrussischen Kreisen**. Am 27. Februar 1920 beschloss der Bundesrat auf Antrag der Bundesanwaltschaft schliesslich die ergebnislose Einstellung des Verfahrens.

Im Frühling 1919, kurz nach dem Abschluss des Landesstreikprozesses, wartete Persky mit einem noch sensationeller aufgemachten angeblichen Dokumentenfund auf. Wiederum in der *Gazette de Lausanne* erschien am 23. April eine «Generalinstruktion nach der Revolution in der Schweiz», die angeblich zwei Wochen vor dem Landesstreik von

Im November 1918 stand die Schweiz still, weil eine Viertelmillion Arbeiterinnen und Arbeiter streikte. Kaufkraftverlust und verbreiteter Hunger nach vier Jahren Krieg gehören zu den Ursachen. Aber auch Empörung über Kriegsgewinnler. Und Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft. Die 6-teilige Serie beleuchtet unterschiedliche Aspekte des Jahrhundertereignisses, dessen Forderungen – 8-Stunden-Tag, AHV, Frauenstimmrecht, Proporzwahl – den Weg in eine sozialere Schweiz wiesen.

Cout vingt-deuxième année

PREMIÈRE EDITION

LIBERTÉ ET PATRIE

N° 110. — Mercredi 23 Avril 1919

REDICTION
ADMINISTRATION
BUREAU D'ABONNEMENTS
Rue Papajet, 3.

De l'abonné deux fois les journaux de poste.
Compte de chèques postaux 515.
Les abonnements partent
du 1^{er} ou du 15 de chaque mois.

PREMIER ABONNEMENT
En six mois 6 francs 50
En un an 12 francs 50
En deux ans 24 francs 50
En trois ans 36 francs 50
En quatre ans 48 francs 50
En cinq ans 60 francs 50
En six ans 72 francs 50
En sept ans 84 francs 50
En huit ans 96 francs 50
En neuf ans 108 francs 50
En dix ans 120 francs 50
L'abonnement part le premier du mois et au plus
Pris de numéro: 15 centimes.

Gazette de Lausanne

ET JOURNAL SUISSE

FONDÉE EN 1708

ANNONCES:
17 PUBLICITAS
Société Anonyme Suisse de Publicité
LAUSANNE, rue Pichard, 2

et Succursales, Agences, Correspondants
en Suisse et à l'Étranger.

PREMIER ABONNEMENT

Pour le canton... 0.50 cent. le jour
Pour la Suisse... 0.50 » »
Pour l'étranger... 0.50 » »
RECLAMES... Fr. 1.50 » »

Envoi libre et sans aucun dédommagement des épreuves

LAUSANNE, 23 AVRIL BULLETIN POLITIQUE

Evidentisme wilsonien

Nous ne voulons pas faire chorus avec le «voix publiques» qui, dans les pays de l'Est et dans les milieux monarchistes, juge assez sévèrement, depuis quelque temps, M. Wilson et sa politique. Nous n'oublions pas, nous ne voulons pas oublier que l'Amérique du Nord, sous la ferme direction de son premier magistrat, a rendu au monde, en 1917 et 1918, un immense service. Cela dit et le bon rôle de l'Amérique hautement reconnu, nous nous permettons de marquer quelque surprise de l'allure observée à Paris par M. Wilson. Comment qualifier certaines décisions hâtives dont il est l'auteur avec ses raisons d'humanité et avec ses théories ultra-libérales dont ses manifestes faisaient naguère l'étalage?

Il semble que M. Wilson, venu en Europe pour inaugurer aux Espérances la

de sur la défection de la doctrine de Monroe aboutit à cette conclusion que l'Amérique du Nord, fidèle à l'interprétation de la doctrine de Monroe qui fut celle des impérialistes yankees, entend rester à même d'exploiter à son profit l'Amérique du Sud. Malgré la doctrine de Monroe ou en vertu de la doctrine de Monroe, les Américains du Nord ont déboulé le Mexique puis à l'Espagne ses colonies, puis l'Espagne, occupé militairement le Nicaragua, Haïti, Saint-Domingue. Et ce n'est pas fini. Et les monarchistes exigent une classe de réserve dans la poche de la Société des nations en faveur de cette politique prouesse traditionnelle. M. Wilson, d'autre part, ne paraît pas, pour l'instant, rompre en visière ses monarchistes.

Les Etats de l'Amérique du Sud demandent que la Société des nations défende la doctrine de Monroe et les défende contre elle. Rien de plus naturel et de plus légitime. La doctrine de Monroe, elle n'a pas préservé l'Amérique du Nord, elle n'a pas préservé les Etats de l'Amérique du Sud contre l'impérialisme des Américains du Nord.

Prenez en main le casus des Etats monarchistes du sud, la France y trou-

Le plan de terrorisme en Suisse (Un nouveau document bolchévique)

Le 19 mars, dans ce journal, sous le titre: Un document bolchévique, j'ai publié une page montrant l'activité des bolchéviques, avant la révolution, dans tous les pays étrangers: c'étaient des instructions générales données par le parti bolchévique à Moscou à tous ses agents à l'étranger; elles prescrivaient l'espionnage, le vol, le pillage et le meurtre comme les moyens les plus efficaces de provoquer des coups d'Etat.

J'ai dit alors et j'ai répété, dans ma réponse à un courrier suisse, parue le 1^{er} avril dans la Gazette, que je tenais à la disposition de la classe ouvrière ce document, un des plus intéressants qui aient été publiés sur l'activité bolchévique, ainsi qu'une photographie et un rapport présenté à l'état-major ukrainien et qui reproduit cette même pièce. Malgré mon invite pressante, mes correspondants n'ont pas lu cela. C'est clair, en

4. On surveillera étroitement les ambassades, les consuls des pays de l'étranger. Diffusez abondamment ce qui se fait d'y chercher refuge. On évitera cependant toute violence à l'égard des représentants et fonctionnaires des dites ambassades.

5. Berne, Zurich et toutes les villes occupées par nos forces seront déclarées en état de siège. Des cours martiaux y siègeront. (3)

6. Seront arrêtés et gardés comme otages: le Conseil fédéral du corps, les présidents et vice-présidents du Conseil national, du Conseil des Etats, des cours de justice, à Berne, Zurich et partout où faire se pourra; de même les fonctionnaires les plus en vue de chacune de ces institutions, leurs femmes et leurs enfants âgés de 16 ans; le général commandant l'armée, son chef d'état-major, de même les commandants de corps d'armée, de division, de brigade,

programme fut aussitôt communiqué aux représentants de Léoline à Berne et à Berlin. Berciaze le reçut peu de jours avant son expulsion. A-t-il pu en discuter les termes et l'application avec les grands chefs suisses? Je l'ignore. Pour le bonheur de la Suisse, la grève générale a eu lieu. Le coup d'Etat n'est pas lieu. Les instructions de Léoline restent donc sans effet.

Dans la nuit venue de novembre passé, les bolchéviques russes ont joué — quel qu'en puisse être — un rôle assez important, non par leur intervention directe dans les délibérations du comité de grève. Selon les ordres reçus de Moscou, les agents bolchéviques devaient se garder d'être surpris; ils travaillaient dans l'ombre. Il est possible que certains moments graves en Suisse ignorèrent le travail souterrain des agents bolchéviques; mais assurément les chefs principaux les connaissaient et s'entreprenaient rien sans consulter Berciaze et consorts. Il est avéré, et je l'ai déjà écrit en octobre passé, que c'est à Moscou que fut décidée en principe la grève en Suisse. C'est en septembre que les grandes lignes en avaient été arrêtées entre les représentants de Léoline et leurs amis suisses.

de Pétersbourg, m'écrivit, sans correspondre de Helsingfors. Zweriev récita en en parlant: « Nous possédons à l'étranger de l'or, des bijoux, d'autres objets de valeur, des dépôts d'argent; nous aurons de quoi tenir encore bien longtemps. Et cela, y a-t-il rien de plus facile que de fabriquer des billets de banque français, anglais et autres? Nous en sommes capables nous le monde. » Et ajoutant, à l'adresse: « On s'assurera, les camarades! », et: « Et, oui, le mot est juste. Les bolchéviques s'assurent ». Ils s'assurent en facilitant et en masquant chez eux, ils s'assurent à l'étranger, en suscitant des difficultés sans nombre aux gouvernements. Si la Suisse est un peu expatriée d'agents bolchéviques, si les agents de Léoline s'assurent effectivement de capillarité, l'Allemagne en est encore plus et la Hongrie est gérée en bolchévisme.

Voici ce qu'écrivit, il y a peu de jours, le Parlement de Berlin: « L'or et la propagande russes jouent un rôle énorme dans l'agitation communiste actuelle. Des dépôts d'armes ont été découverts. On y a trouvé des instructions rédigées en russe. Des missions bolchéviques viennent d'être arrêtées. Il faut à tout prix percer l'énigme de cette

Linke Seite: Karl Radek, angeblich als Diktator der Schweiz vorgesehen. — Die Pension «Beau-Séjour» in Zimmerwald, wo angeblich 1915 der Umsturz in der Schweiz beschlossen wurde. — General Ulrich Wille, der solchen Märchen Glauben schenkte.

Moskau an den sowjetrussischen Vertreter in Berlin geschickt worden war. Nach diesem «Dokument» sollte die Schweiz in eine Sowjetrepublik umgewandelt, sollten Tausende von Regierungsmitgliedern, Beamten, Offizieren und bürgerlichen Journalisten in Geiselschaft genommen und der bekannte polnische Bolschewist Karl Radek (1885–1939) als Diktator eingesetzt werden. Das Oltenener Aktionskomitee erklärte dazu, Persky sei «entweder einem Schwindler zum Opfer gefallen oder selber ein ausgemachter Schwindler, Fälscher und Verleumder». Persky klagte nicht gegen diese Aussage. Und auch Radek liess aus Berlin, wo er im Gefängnis sass, über seinen Anwalt ausrichten, dass es sich um eine plumpe Fälschung handle.

Doch damit waren Perskys Märchen noch lange nicht aus der Welt geschafft. In der teilweise bis heute als seriöses Standardwerk geltenden zweibändigen Darstellung der Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg des Berner Oberländer Lehrers Jacob Ruchti (1878–1959) wird der Landesstreik in tendenziöser Weise behandelt, wobei wiederholt auf Perskys Artikel Bezug genommen wird. 1926 publizierte die Tribune de Lausanne eine Serie unter dem Titel «Die revolutionären Umtrie-

be in der Schweiz von 1916–1919 (von einem Augenzeugen)». Die Artikel erschienen später auch als Broschüre sowohl im französischsprachigen Original als auch auf Deutsch. Die Publikation war Teil einer schliesslich erfolgreichen Kampagne der extremen Rechten der Westschweiz gegen die Wahl Robert Grimms zum Nationalratspräsidenten. Sowohl die Artikelreihe als auch die Broschüre erschienen anonym. Bald wurde aber bekannt, dass der Verfasser Paul de Vallière (1877–1959) war, ein Berufsoffizier und Militärgeschichtler, der zeitweise Direktor der Eidgenössischen Militärbibliothek war und politisch sehr weit rechts stand. De Vallière stützte sich weitgehend auf Perskys Artikel und reichte sie noch mit weiteren Passagen an, wobei ihm geradezu lächerliche Fehler unterliefen. So stellte er etwa den bekannten Historiker und Marxforscher Rjasanow als «Mätresse» des menschwissenschaftlichen Politikers Martynow vor. Noch peinlicher für einen schweizerischen Offizier war, dass er Bundesrat Arthur Hoffmann, der nach seinem abgefangenen Telegramm an Robert Grimm im Juni 1917 zurücktreten musste, mit dem deutschen General Max Hoffmann verwechselte. Anders als bei Persky ist bei de Vallière zudem eine eindeutig antisemitische Tendenz erkennbar. Das ist wenig überraschend: Die

schon 1903 erstmals im russischen Zarenreich auftauchende Fälschung «Die Protokolle der Weisen von Zion» wurde nach 1917 von grossen Teilen der Rechten als «Geheimplan» der Oktoberrevolution angesehen.

Alles in allem kann also gesagt werden, dass bürgerliche Entscheidungsträger, Journalisten und sogar Historiker noch jahrzehntlang abenteuerlichen Berichten über Terror- und Aufstandspläne Glauben schenkten, deren kritische Lektüre sie eigentlich zumindest stutzig hätte machen müssen. Es lässt sich heute kaum mehr feststellen, ob sie Perskys «Dokumente» wirklich für echt hielten oder ob sie es legitim fanden, es im Kampf mit dem politischen Gegner mit der Wahrheit nicht allzu genau zu nehmen. Für die Rechte waren die Schwörungstheorien attraktiv, weil sie eine einfache «Erklärung» des Landesstreiks und der internationalen Welle von Protesten, Streiks und Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs lieferten. Wer diese Unruhen für das Werk einer Handvoll böswilliger Verschwörer hält, dem kann es als durchaus überflüssig erscheinen, sich mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Ursachen gründlich auseinanderzusetzen und daraus politische Schlüsse zu ziehen. | Adrian Zimmermann

Oben: Verhaftung des Gesamtbundesrats: Serge Persky fantasiert die bolschewistische Revolution in der Schweiz herbei. (Fotos: Schweizerisches Sozialarchiv; slt; Bundesarchiv; Archives Le Temps)



Klare Sache:
Videobeweis in Österreichs Fussball.

Younion fordert Videobeweis

Die Spielervertreterversammlung der Vereinigung der Fussballer, einer Fachgruppe der österreichischen Gewerkschaft Younion, verlangt die Einführung des Videoschiedsrichters in der österreichischen Fussball-Bundesliga. Eine entsprechende Petition wurde dem Ligavorstand übergeben. Der VfF-Vorsitzende Gernot

Zingast betonte, dass die Spieler geschlossen hinter dieser Forderung stehen: «Am Videobeweis führt in Zukunft kein Weg vorbei.» An der Fachgruppensitzung wurde zudem beschlossen, die Einführung eines branchenspezifischen Vorsorgemodells voranzutreiben. | [younion/slt](#) (Foto: Deniz Calagan/dpa/Keystone)

DGB: Nicht wegducken!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB hat zu den rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz und in anderen Städten Deutschlands Stellung bezogen. Dabei bezieht er sich auf die deutsche Erfahrung des Faschismus: Es gebe keinen Zweifel, so der DGB, «dass wir jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit mit Nachdruck bekämpfen». Jegliche Instrumentalisierung von Mord- und Gewaltopfern für politische Zwecke – so geschehen in Kandel, Weyhe, Heidenau, Freital und Chemnitz –

verurteilt der DGB. Dass Menschen gegen rechte Hetze und hassgetriebene Aufmärsche Haltung gezeigt hätten, sei gut, aber nicht ausreichend: «Der Rechtsstaat muss dieser Hetze und denen, die sie verbreiten, entschieden entgegenreten.» Der DGB ruft dazu auf, bei den anstehenden Wahlen in Bayern und in Hessen «demokratisch» und «keine Rechtspopulisten» zu wählen: «Gemeinsam kämpfen wir für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Courage ist gefordert – nicht wegducken!» | [dgb/vpod](#)

H&M-Zulieferer bleiben prekär

Hungerlöhne und exzessive Überstunden: Das haben Recherchen von Public Eye und der Clean Clothes Campaign für 6 H&M-Produktionsbetriebe in Bulgarien, Indien, Kambodscha und der Türkei ergeben. In Indien und der Türkei liegen die Verdienste bei einem Drittel jenes Lohns, der als existenzsichernd gilt. In Kambodscha ist es weniger als die

Wirtschaftslektion Tieflohnbranche Onlinehandel

Viele Leute denken bei der Digitalisierung an eine Zukunft mit Robotern und neuen, «intelligenten» Computern. Wer weiss, vielleicht werden diese tatsächlich kommen. Die grossen Veränderungen geschehen heute aber über das Internet. Das Internet beschleunigt vor allem die Internationalisierung der Wirtschaft.

Besonders eindrücklich ist das beim Online-Handel. In wenigen Jahren haben sich Zalando und Amazon als die Nummern 2 und 3 hinter Digitec/Galaxus im Schweizer Onlinehandel etabliert. Zalando machte 2017 in der Schweiz einen Umsatz von schätzungsweise 685 Millionen Franken. Damit dürfte der Online-Kleider- und Schuhhändler in der Schweiz sogar H&M eingeholt haben und einen Marktanteil von rund 5 Prozent erreichen.

Dabei beschäftigen Zalando und Amazon kaum Personal in der Schweiz. Die Schweiz wird aus Vertriebszentralen in den umliegenden Ländern beliefert. Für den Transport der Waren zur Kundschaft in der Schweiz nutzen die An-

bieter dann Schweizer Firmen, etwa die Post. Bei den Retouren gibt es einige Stellen in der Schweiz. Nach allem, was bisher öffentlich bekannt geworden ist, sind die Löhne dort tief.

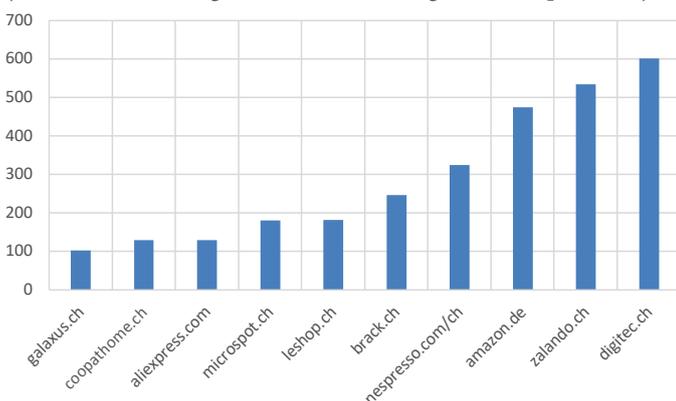
Die Arbeitsbedingungen in den ausländischen Verteilzentralen entsprechen erst recht nicht den Schweizer Standards. Gemäss Presseberichten soll Zalando im süddeutschen Logistikzentrum in Lahr einen Einstiegslohn von 12,67 Euro pro Stunde zahlen. Bei Amazon liegt das Minimum nach eigenen Angaben bei 10,52 Euro pro Stunde. Auch in Bezug auf die anderen Arbeitsbedingungen und die Mitbestimmung gibt es immer wieder Auseinandersetzungen – insbesondere bei Amazon. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind das sehr problematische Entwicklungen. Die Gewerkschaften haben viele Jahre dafür gekämpft, dass die Mindestlöhne im Detailhandel auf 4000 Franken im Monat steigen, und dabei grosse Erfolge erzielt. Wer in der Schweiz Produkte verkaufen will, muss Schweizer Löhne zahlen. Das muss auch für Amazon und Zalando gelten.

Der Transport und die Logistik in der Schweiz spielen dabei eine wichtige Rolle. Doch statt dafür zu sorgen, dass die Arbeitsbedingungen dort möglichst gut sind und den Schweizer Standards entsprechen, unternimmt der Schweizer Postregulator PostReg eine Dumpingoffensive. PostReg will einen Mindest-Stundenlohn von 18.27 Franken einführen. Das entspricht einem Monatslohn von nicht einmal 3400 Franken.

Während der Bundesrat PR-getriebene Tagungen zur Digitalisierung und zur Zukunft der Schweiz veranstaltet, organisiert der Postregulator mit Dumpinglöhnen das maximale Kontrastprogramm. Mit einer solchen Mindestlohnpolitik wird die Digitalisierung der Bevölkerung schaden und nicht nützen.

| Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Umsätze der 10 grössten Onlinehändler in der Schweiz im Jahr 2017 (Mio. Fr., Firmenangaben oder Schätzungen von carpathia.ch)



Hälfte, und in der bulgarischen Fabrik erhalten die Interviewten in regulärer Arbeitszeit sogar weniger als 10 Prozent eines existenzsichernden Lohns. Überstunden und Sonntagsarbeit sind die Regel. «Wir betreten die Fabrik um 8 Uhr früh, aber wissen nie, wann wir gehen dürfen. Manchmal wird es 4 Uhr morgens», berichtet eine bulgarische Näherin der Fabrik «Koush Moda». Das publikumswirksame Versprechen des H&M-Konzerns, bis 2018 über die gesamte Lieferkette hinweg für existenzsichernde Löhne zu sorgen, ist damit nur leere Luft – schlimmer: zynische, billige Propaganda. | *pe/slt*

Juncker: Schwacher Abgang

Der Europäische Gewerkschaftsverband öffentlicher Dienste EGÖD ist enttäuscht über die Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union. Nur wenige Monate vor den Europäischen Parlamentswahlen habe Juncker das erhoffte Bekenntnis

zu sozialer Gerechtigkeit verweigert. Den einzigen Hinweis auf ein sozialeres Europa gab er mit der Bemerkung, dass soziale Rechte in Europa gesetzlich verankert werden sollen. Diese Aussage hätte allerdings deutlich mehr Kraft, wenn sie mit Gesetzesentwürfen der EU-Kommission einhergingen. Besser wird Juncker von den Gewerkschaften hinsichtlich seiner Aussagen gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit beurteilt. Insgesamt charakterisiert der EGÖD Junckers mutmasslich letzte grosse Rede aber als schwach. | *egöd*
(Foto: Europäische Volkspartei/Wikimedia)

Nicht allein auf der Station

Am Universitätsklinikum des Saarlands ist in letzter Minute ein unbefristeter Streik abgewendet worden. Verdi konnte die Spitaldirektion in Homburg auf 145 zusätzliche Vollzeitstellen verpflichten. Damit sei auch die gefürchtete «Nacht allein auf der Station» in fast allen Fällen abgewendet, teilt die Gewerk-



Schwacher Abgang:
EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

schaft mit. Die Vereinbarung wird innerhalb von 18 Monaten umgesetzt, vorher gibt es jedoch schon Sofortmassnahmen. Ein Meilenstein sind die sogenannten Belastungstage, welche Härten durch Belastung durch entlassende Freizeittage ausgleichen. Verdi kämpft mit den Spitalbeschäftigten unter dem Motto «Mehr von uns ist besser für alle». | *sl/verdi*

Wer war's? Hall of Fame

«Als Ruhmeshalle (englisch: Hall of Fame) bezeichnet man einen realen, häufiger aber auch einen nur fiktiven Denkmal-Raum, in dem die bedeutendsten Vertreter des jeweiligen Bereiches geehrt werden», weiss Wikipedia. In der Schweiz, wo wir ausser Tell, Winkelried und Yann Sommer kaum Helden haben, sind wir gegenüber solchen Bezeugungen eher skeptisch. Im VPOD-Ehrenhain auf dem Sonnenberg stehen lediglich die Büsten von Herman Greulich und von Hans Oprecht; danach wurde das Projekt nicht mehr weiterverfolgt.

Die nationale Ruhmeshalle in der New Yorker Bronx verzeichnet seit den 1970er Jahren keine Neuzugänge mehr, da kein Sponsor mehr vorhanden ist. In der deutschen «Walhalla» nahe Regensburg, wo Herausragende «teutscher Zunge» zu Ehren kommen, ist dagegen die Tür noch offen. Dieses Jahr noch soll die Bildhauerin und Zeichnerin Käthe Kollwitz einziehen, 2019 dann Max Planck. 4 Plätze sind danach noch frei. Interessiert? Wer sich bewerben möchte, sollte 20 Jahre tot sein und zu Lebzeiten im deutschen Sprachraum gewirkt haben.

Wenig Linke, kaum Frauen. In der Ruhmeshalle in München, wo bayrischer Persönlichkeiten gedacht wird, ist das nicht anders. 2006 protestierte eine Kunststudentin gegen den Männerüberhang. Sie fertigte von sich selbst eine Büste an, beschriftete sie mit «Aneta Steck, Künstlerin» und schmuggelte sie in den Statuensaal. Es dauerte mehr als ein halbes Jahr, bis das Kuckucksei entdeckt und entfernt wurde. Für das eigentliche Rätsel fahren wir aber nach Paris. Das Panthéon, ursprünglich als Kirche geplant, beherbergt heute die bedeutendsten Persönlichkeiten Frankreichs. Oder diejenigen, die von den Präsidenten dafür gehalten werden. Es sind Männer wie Braille, Dumas, Hugo, Jaurès, Rousseau, Voltaire, Zola. Präsident Hollande hat die Zahl der Frauen von 2 auf 4 verdoppelt: Er ehrte zwei Résistance-Kämpferinnen.

Nicht ins Panthéon zog die ursprünglich von Hollande ins Spiel Gebrachte: eine Revolutionärin (1748–1793), die unter der Schreckens-

herrschaft Robespierres auf der Guillotine starb – als angebliche Royalistin. Das Gegenteil ist wahr: Frau X. wollte Menschenrechte nicht nur für die männliche Hälfte der Gesellschaft. «Die Frau wird freigeborn und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten», heisst es im Artikel 1 ihres Manifests von 1791. «Alle Bürgerinnen und alle Bürger müssen, da sie vor den Augen des Gesetzes gleich sind, gleichermaßen zu allen Würden, Stellungen und öffentlichen Ämtern zugelassen werden», steht in Artikel 6. Und in Artikel 16: «Die Verfassung ist null und nichtig, wenn nicht die Mehrheit der Individuen, welche die Nation bilden, an ihrem Zustandekommen mitgewirkt hat.»

Auch vor dem Auge der Glücksfee sind alle gleich. Also alle, die eine Postkarte mit der richtigen Lösung bis 19. Oktober einschicken an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Zu gewinnen sind drei Plätze in der Ruhmeshalle plus ebenso viele Büchergutscheine (100, 50, 20 Franken). | *sl*

Es war Adam Ries(e)

«Das macht nach Adam Riese soundsoviel», sagen auch heutige Menschen noch manchmal, wenn sie betonen wollen, dass ihre Kalkulation zum richtigen Resultat geführt hat. Tatsächlich ist dieser Adam Ries (1492 oder 1493 bis 1559) keine mythologische Figur, sondern ein sehr realer Mathematiker – oder Rechenmeister, wie man's im 16. Jahrhundert nannte. Er hat den Leuten, die sich zuvor mit den römischen Zahlen abmühten, das viel einfachere Rechnen mit den indisch-arabischen Zahlzeichen beigebracht. Seine drei Bücher heissen «Rechnung auff der Linihen», «Rechnung auff der Linihen und Federn» und «Rechnung nach der Lenge / auff den Linihen und Feder / mit grüntlichem Unterricht des Visierens». Und die drei Glücklichen der Verlosung heissen Ursula Steinegger (Lupsingen), Christine Thöni (Matten) und Franziska Allemann (Bern). | *sl*

VPOD-Landesvorstand vom 14. September 2018

Der Landesvorstand hat

- von der konsolidierten Rechnung 2017 des Verbandes, seiner Regionen und Sektionen Kenntnis genommen und sie an die Delegiertenversammlung weitergeleitet.
- den Bericht der Region Zentralschweiz über das Aufbauprojekt «Lehrpersonen 2016–2018» diskutiert und verdankt sowie einen Beitrag an das Fortsetzungsprojekt bewilligt.
- den Assoziierungsvertrag der Zürcher Sektion von Psychomotorik Schweiz mit der VPOD-Region Zürich ratifiziert, ebenso die Aktualisierung des Vertrages von AVALTS mit der Region Wallis.
- die Durchführung der Verbandskonferenz Bau, Land & Forst bewilligt.
- die Berichterstattung über die Verbandskonferenz Pensionierte diskutiert und die Wahl der Mitglieder und Präsidien der Verbandskommissionen der deutschen und lateinischen Schweiz ratifiziert.
- erste Überlegungen zum VPOD-Kongress 2019 angestellt.
- eine Auswertung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Regionen vom 30. Juni vorgenommen.
- zuhänden der Delegiertenversammlung die Zusammensetzung der VPOD-Delegation an den SGB-Kongress bestätigt.
- die Positionspapiere des SGB-Kongresses diskutiert.
- die Traktandenliste der VPOD-Delegiertenversammlung vom 29. September definitiv festgesetzt.

Stefan Giger, Generalsekretär

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 29. September 2018

Die Delegiertenversammlung hat

- nach Referaten von SGB-Chefökonom Daniel Lampart (pro) und ZV-Präsident Urs Stauffer (contra) die Vorlage «Steuerreform und AHV-Finanzierung» abgelehnt und mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, das Referendum dagegen zu unterstützen
- die konsolidierte Rechnung 2017 des Verbandes abgenommen, einschliesslich Kenntnisnahme von Revisionsbericht und Lagebericht.
- die VPOD-Delegierten für den SGB-Kongress vom November/Dezember bestätigt: Albert Anor, Cora Antonioli, Silvia Berri, Marcel Britschgi, Judith Bucher, Evely-

- ne Bucherer Romero, Rolf Conzelmann, Jean-Henri Dumont, Catherine Friedli, Raoul Ghisletta, Maria Huber, Esther Lehmann, Nella Marin, Roberto Martinotti, Agostino Soldini, Marco Spagnoli, Olivier Thommen, Natascha Wey, Angela Zihler.
- die Kandidierenden für das SGB-Präsidium, Barbara Gysi und Pierre-Yves Maillard, gehört und befragt und mit 24 zu 5 Stimmen eine Empfehlung für Barbara Gysi abgegeben.
- die Positionspapiere für den SGB-Kongress sowie die Terminplanung 2019 gutgeheissen.
- die Abstimmungsparolen für die Eidgenössische Volksabstimmung vom 25. November 2018 gefasst: keine Parole zur Hornkuh-Initiative, Nein zur «Selbstbestimmungsinitiative», Nein zur gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten.

Stefan Giger, Generalsekretär

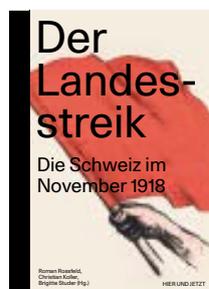
Freie Plätze im Gesundheitskurs

Im VPOD-Kurs «Arbeiten im Gesundheitswesen: Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Herausforderungen» sind noch Plätze frei. Behandelt werden die Strukturen und die Herausforderungen des Gesundheitsbereichs in der Schweiz: Politik, Akteure, Interessenkonflikte. Markt oder Staat? Kursleiterin ist Elvira Wieggers, VPOD-Zentralsekretärin.

– **Mittwoch, 24. Oktober, 12.30 bis 18 Uhr, VPOD-Zentralsekretariat** (5. Stock), Birmensdorferstrasse 67, Zürich (direkt beim Bahnhof Wiedikon). Für VPOD-Mitglieder sind der Kurs und die Verpflegung unentgeltlich. Nichtmitglieder bezahlen 200 Franken.

Neues Landesstreik-Buch

Im Oktober erscheint im Hier-und-jetzt-Verlag ein neues Buch zum Landesstreik: «Der Landesstreik – Die Schweiz im November 1918»; Roman Rossfeld, Christian Koller und Brigitte Studer haben es herausgegeben. Der Band fragt gezielt dort nach, wo die bisherige Forschung Lücken gelassen hat: bei der Sicherung der Grundbedürfnisse, bei der Bedeutung der Frauenverbände, bei den Unterschieden zwischen Stadt und Land und bei der politischen Instrumentalisierung des Streiks. – **Buchvernissage am Mittwoch,**



17. Oktober, 18.30 Uhr, UniS, Bern (Hörsaal A003, Schanzeneckstrasse 1). Eintritt frei. Ein **Podiumsgespräch** mit Rossfeld, Koller sowie Vania Alleva, Unia-Präsidentin, und Jakob Tanner, emeritierter Professor der Uni Zürich, gibt es am **Donnerstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Theater Neumarkt, Zürich**. Eintritt 25 Franken. Das Buch kostet 49 Franken.

Rote Köpfe

Christine Goll, von 2003 bis 2008 VPOD-Präsidentin und zuletzt Leiterin des gewerkschaftlichen Bildungsinstituts Movendo, geht per Ende Jahr in Pension. Ihr Nachfolger bei Movendo wird **Michael Herzka**, aktuell Studienleiter an der Berner



Fachhochschule. Sein Spezialgebiet: Organisation und Management im Gesundheits- und Sozialbereich. Herzka hat reiche Erfahrung aus zahlreichen NGO, er war Präsident der Deutschschweizer Sektion der Erklärung von Bern (heute Public Eye), Geschäftsleiter von Terre des hommes Schweiz, Programmleiter beim HEKS. Zudem ist er engagiertes Mitglied von VPOD-NGO. Das *VPOD-Magazin* porträtierte den Kollegen im Dezember 2017 unter dem Titel «Bei guter Führung ...»: Herzka hat zwei vielbeachtete Bücher über Management im Non-Profit-Bereich geschrieben. Manches daraus wird er auch bei Movendo anwenden können. Zum Beispiel dies: «Wer von hochspezialisierten Fachleuten einen Output will, muss diesen vor allem Handlungsfelder bieten, muss ihnen Entfaltungsmöglichkeiten verschaffen.»

Eine neue Mitarbeiterin hat beim Regionalsekretariat Aargau/Solothurn die Arbeit als Werberin und Projektmitarbeiterin und damit die Nachfolge von



Claudia Mazzocco an der Seite von VPOD-Regionalsekretärin Silvia Dell'Aquila angetreten: **Lea Carucci** ist im Aargau aufgewachsen und wohnt in Bern, wo sie auch gewerkschaftlich engagiert ist. Sie hat einen Bachelor in Sozialer Arbeit, viel Energie – und vor allem eine starke Motivation, der Aare entlang und in den Seitentälern etwas zugunsten der Lohnabhängigen und des Service public zu bewegen. | *slt* (Fotos: Alexander Egger; zVg)

Dank Unterstützung des VPOD wurden durch Stellenwechsel bedingte Einbussen abgegolten

Ein zerrüttetes Verhältnis

Die Vorgesetzten des Vorgesetzten erkannten dessen anmassendes Verhalten gegenüber P. im Technischen Dienst eines Spitals und boten Hand zum Transfer in ein anderes Spital. Dank dem VPOD blieben die Arbeitsbedingungen am neuen Ort gleichwertig. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Viktor_Kitaykin/iStock)



Wenn sich das Verhältnis nicht mehr kitten lässt, ist es Zeit für eine Veränderung.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Manchmal kann aus einem kleinen Konflikt eine Riesengeschichte werden. So erlebte es Kollege P., der schon viele Jahre im Technischen Dienst eines Spitals angestellt war. Ein Missverständnis, eine Meinungsverschiedenheit, ein Irrtum führten zu Aktennotizen des Vorgesetzten und schliesslich zu einer Mahnung mit Kündigungsandrohung. Dies belastete P. derart, dass er nicht mehr schlafen konnte und schliesslich krankgeschrieben werden musste. Ein halbes Jahr konnte P. nicht arbeiten. Während dieser Zeit kam es zu weiteren Vorfällen zwischen dem Abteilungsleiter und P., weshalb eine Weiterbeschäftigung für letzteren nicht mehr in Betracht kam.

Kurze Bedenkzeit

Auch die Führungsetage erkannte, dass eine weitere Zusammenarbeit der beiden Kontrahenten nicht mehr möglich war. Sie war bereit abzuklären, ob P. in einem anderen Spital arbeiten könne. Tatsächlich konnte dort für ihn eine Stelle konzipiert werden, die allerdings auf ein Jahr befristet und wesentlich

weniger gut bezahlt war. Überdies war die rechtliche Absicherung schlechter, der Arbeitsweg länger.

Um die neuen Arbeitsprozesse kennenzulernen und sich mit dem Team bekannt zu machen, erhielt P. vorgängig die Möglichkeit eines mehrwöchigen Praktikums, die er gerne annahm. Nach einer kurzen Bedenkzeit war P. dann mit dem Arrangement einverstanden. Denn das Risiko, dass die befristete Stelle nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis umgewandelt würde, erschien gering. Mit dem Ziel, vom ehemaligen Arbeitgeber eine Ausgleichszahlung für die Lohndifferenz und für die zusätzlichen Arbeitswegkosten zu erlangen, stellte P. beim VPOD ein Rechtsschutzgesuch.

In einem Brief dankte der Vertrauensanwalt der «alten» Spitalleitung dafür, dass sie zur Lösung im neuen Krankenhaus Hand geboten hatte. Damit habe sie erkannt, dass P. eine Weiterarbeit unter dem ehemaligen Vorgesetzten nicht zugemutet werden konnte. An der Arbeit am neuen Ort habe P. grosse Freude; er schätze die angenehme Atmosphä-

re im Team. Dennoch dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass die neue Stelle nicht gleichwertig sei und P. gravierende finanzielle und rechtliche Nachteile in Kauf nehmen müsse.

Lizenz zum Verhandeln

Der Anwalt schrieb weiter, dass er beauftragt sei, eine Ausgleichszahlung auszuhandeln. Bei der Berechnung seien nicht nur die Lohndifferenz und die höheren Fahrtkosten, sondern auch die Dienstaltersvorteile, die P. bei der befristeten Stelle verliere, zu berücksichtigen. Aufgrund seiner Berechnungen schlug er einen bestimmten Betrag als Verhandlungsbasis vor und zeigte sich zuversichtlich, dass eine faire Lösung gefunden werden könne.

Der ehemalige Arbeitgeber ging auf dieses Verhandlungsangebot ein und lud zu einer Besprechung ein. Nachdem die letzten Differenzen ausgeräumt worden waren, unterzeichneten beide Parteien die Vereinbarung. Unter Anrechnung seines Dienstalters arbeitet P. jetzt im neuen Spital.

Der Kampf gegen Kinderarbeit in Pakistan macht, wenn auch langsam, Fortschritte

Nida geht jetzt zur Schule

Mit 8 Jahren ging Nida Tariq zum ersten Mal zur Arbeit in die Ziegelfabrik. Dank Solidar Suisse konnten sich ihre Eltern aus der Schuldknechtschaft befreien und schicken ihre Kinder nun zur Schule.

| Text: Qazi Saqib Basir, Leiter Solidar-Büro Pakistan (Foto: Usman Ghani)



Nida geht jetzt zur Schule – und muss nicht mehr in die Ziegelfabrik. Aber ihr Vater hält nach wie vor wenig von allzu gut ausgebildeten Mädchen.

«Noch immer spüre ich den Staub in der Nase und die glühende Hitze auf dem Rücken», erzählt Nida Tariq. Als sie 8 Jahre alt war, musste sie in die Fabrik. 6 Tage die Woche, 8 bis 10 Stunden am Tag stellte sie unter der sengenden Sonne Ziegel her. Vorgesehen war das eigentlich nicht. Doch ihr Vater war krank geworden. Er hatte in der Ziegelfabrik gearbeitet. Seine Krankheit führte dazu, dass der Familie das Geld ausging – eine Abwärtsspirale begann. Der Vater ging den Fabrikbesitzer um einen Vorschuss an. Den bekam er auch. Doch zurückzahlen konnte der kranke Vater nicht. Um die Schulden zu begleichen, musste die ganze Familie in die Fabrik, auch die Kinder.

«No work, no pay»

«Die Arbeit war sehr anstrengend, immer war alles dreckig – Kleider, Hände, Füße», erzählt Nida. «Es gab keine Toilette und nur

eine Handpumpe für Trinkwasser.» Der Lohn bemass sich nach der Anzahl Ziegelsteine, welche die Familie herstellte. Für die 2000 bis 3000 Ziegel, die sie alle zusammen in der Woche schafften, erhielten sie knapp 4000 Rupien (ungefähr 33 Franken). Wenn jemand krank wurde, interessierte das niemanden: «No work, no pay», sagt Nidas Mutter Shamim Tariq. «Um die Schulden zurückzuzahlen, arbeiteten wir manchmal bis zu 14 Stunden und auch an unserem freien Tag.»

Eine Mitarbeiterin der Solidar-Partnerorganisation LEF besuchte die Ziegelfabrik, in der Nida arbeitete, und fragte, ob sie gerne die Schule besuchen würde. «Es war ein Glück, dass mich die Frau ansprach. Natürlich sagte ich ja. Sie redete auch mit meiner Mutter. Bald darauf konnte ich zum ersten Mal zur Schule gehen.» Nidas Augen strahlen vor Begeisterung. Sie fühlt sich in den farbig dekorierten Räumen der Solidar-Schule wohl

und merkte schnell, dass sie gerne lernt. Am besten gefielen ihr die Treffen des Kinderkomitees. Inzwischen hat sie an die öffentliche Schule gewechselt, die sie auch abschliessen möchte, obwohl die Bedingungen nicht ideal sind: «Manchmal werden wir geschlagen, vor allem die Kinder, die langsam lernen.» Ihr Traum ist, Ärztin zu werden: «Ich möchte armen Familien helfen, die sich Behandlung und Medikamente nicht leisten können.»

Neue Existenz aufgebaut

Nachdem die Mutter über Nida in Kontakt mit der Solidar-Partnerorganisation gekommen war, folgte sie der Einladung zu einem Treffen des Elternkomitees. «Hier lernte ich, dass Bildung wichtig ist und dass Kinder – und Frauen – Rechte haben», erzählt Shamim Tariq, die ebenfalls unter der harten Arbeit in der Ziegelfabrik gelitten hatte. Sie überzeugte ihren Mann, gemeinsam eine Weiterbildung in Geschäftsführung zu besuchen. Plötzlich tat sich den beiden ein Ausweg aus der Schuldknechtschaft auf. Sie lösten die Schuld beim Fabrikbesitzer durch ein Darlehen des Schwagers ab und kauften eine Rikscha als Existenzgrundlage. Jetzt arbeitet Muhammad Tariq als Rikschafahrer, und Shamim Tariq betreibt ihr eigenes kleines Geschäft als fliegende Kleiderhändlerin. Mit dem gemeinsamen Einkommen von 18 000 bis 22 000 Rupien (150 bis 180 Franken) können sie die Familie ernähren.

«Und unsere Kinder müssen nicht mehr arbeiten gehen, sondern erhalten eine Ausbildung», freut sich Shamim Tariq. Allerdings gilt das nur für 4 der 6 Tariq-Kinder. Die älteren Mädchen, 14 und 18 Jahre alt, dürfen nicht zur Schule. «Mein Mann findet, das schade dem Ruf der Familie», sagt die Mutter. Sie wird, mit Hilfe von Solidar, weiter Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit alle eine Perspektive bekommen. Und damit Nida später wunschgemäss die Schule abschliessen und ihr Berufsziel weiterverfolgen kann.

Paul Rechsteiner, Rechtsanwalt, SP-Ständerat, scheidender SGB-Präsident, St. Gallen

Eingetragene Marke

Vor 20 Jahren hat Paul Rechsteiner das SGB-Präsidium übernommen; jetzt tritt er zurück. Zeit für eine Bilanz – und für den (nur beschränkt erfolgreichen) Versuch, den Menschen hinter dem Markenzeichen «Schnauz» zu ergründen.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Bei Paul Rechsteiner gibt sich derzeit die Weltpresse die Klinke in die Hand: NZZ, *Financial Times*, VPOD-Magazin ... Die Nachfrage hat zwei Gründe: Die Weigerung des SGB, an der von Bundesrat Schneider-Amann betriebenen «Weiterentwicklung» der flankierenden Massnahmen teilzunehmen, schafft Gesprächsbedarf (siehe Seiten 9ff.). Und: Rechsteiner tritt beim Kongress Ende November von seinem Amt als SGB-Präsident zurück. Das Gefühl eines Epochenendes stellt sich nicht allein wegen der langen Amtszeit ein (Rechsteiner präsidiert den Gewerkschaftsbund seit 20 Jahren und liegt damit im ewigen Ranking an zweiter Stelle). Die Aufmerksamkeit beruht auch darauf, dass Rechsteiner nicht nur Marken gesetzt hat, sondern geradezu selber zur Marke geworden ist.

Ohne Hausmacht

Er war, als er 1998 in Davos gewählt wurde, der einzige Kandidat. Und er war der erste SGB-Vorsitzende, der nicht als Präsident eines der grossen Mitgliedsverbände ins Amt kam. «Ohne Hausmacht schaffst du das nie», sei ihm damals zugerufen worden. Aber der junge Rechtsanwalt machte aus dem vermeintlichen Manko eine Tugend und aus dem SGB eine schlagkräftige Organisation. Es gelang ihm, neue Verbände unter das Label zu holen – was allerdings der VPOD, dem damit Konkurrenz im eigenen Dachverband erwuchs, nur unter Absingen wüster Lieder hinnahm. Auch mit den (ex)christlichen Gewerkschaftsverbänden schmiedete Rechsteiner eine Allianz in zentralen Fragen. Dafür driftet derzeit der Kaufmännische Verband, eigentlich ein weiterer «natürlicher Verbündeter», ungebremst nach rechts.

«Unter dem Präsidenten Rechsteiner haben die Schweizer Gewerkschaften ihr europapolitisches Dilemma gelöst: Sie haben ihre Zustimmung zur Personenfreizügigkeit an Massnahmen zum Schutz der Löhne gekoppelt.» So wird es vielleicht dereinst im

Nimmt Abschied vom SGB-Präsidium, will aber SP-Ständerat bleiben: Paul Rechsteiner.



Schweizer Geschichtsbuch stehen. Auch die Verankerung des Streikrechts in der Bundesverfassung 2001 könnte dort aufgeführt sein und der schlichten- und siegreiche Krieg gegen AHV-Abbau. Wobei der Kollege immer wieder auch die Arbeit «seines» Sekretariats, namentlich der Chefökonomin Serge Gailard und Daniel Lampart, hervorhebt. Überhaupt sieht er das Potenzial der Gewerkschaften in der Breite der Bewegung und deren «kollektiver Intelligenz» begründet.

Gegen den Zeitgeist

Man kann sich zusammenreimen, warum Paul Rechsteiner häufig als «trocken» beschrieben wird: Der grosse Ernst, die starke Sachorientierung mögen das Prädikat befördert haben – zusammen mit dem St. Galler Dialekt, der (im Gegensatz zur Stiftskirche) auch nicht gerade als spätbarock gelten kann. Auskünfte über den privaten Paul sind kaum erhältlich. Rechsteiner spricht viel lieber und schon wieder über Politik. Jetzt über den Ständerat: «Welche Ironie der Geschichte, dass der einstige Bremsklotz der Nation zu jener Kammer geworden ist, die den Respekt gegenüber den Institutionen wahrt und manchmal sogar Entwicklungen nach vorn

anstösst.» 2019 versucht er, von seinem Kanton das Mandat für eine dritte Amtszeit im Stöckli zu bekommen – was in St. Gallen für einen SP-Vertreter keine Schlafwagenpartie darstellt, sondern einen Kraftakt, trotz Bisherigenstatus.

Die grösste Herausforderung der Zukunft sieht der scheidende Präsident nicht unbedingt in der heute vieldiskutierten Digitalisierung, sondern eher in zunehmender Individualisierung. Jede ihres Glückes Schmied, jeder mit den Ellbogen unterwegs, und die gesellschaftlichen Widersprüche möge bitte ein jedes für sich selber bewältigen ... Rechsteiner ist überzeugt: Diesem zeitgeistigen Tenor müssen die Gewerkschaften weiterhin die Kraft der Solidarität entgegensetzen.

Probieren wir aber nochmals eine persönliche Frage zum Schluss: «Was, Paul Rechsteiner, ist das Geheimnis deiner ewigen Jugend?» Da muss er jetzt doch lachen, bedankt sich fürs Kompliment und verweist auf ein paar graue Haare, die sich in der Zwischenzeit tatsächlich in seinen Schnauz geschlichen haben. Den hat er all die Jahre stehen lassen, gegen jeden Zeitgeist und jegliche Bartmode. Was mithalf, aus Rechsteiner so etwas wie eine eingetragene Marke zu machen.



EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!

Ermässigungen für VPOD-Mitglieder

Hotel:

15% Rabatt auf Sonderpreisen und Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Bungalow:

15% Rabatt auf Sonderpreisen und Angebote
20% Rabatt auf Preisliste

Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch



HERBST ZWISCHEN MERLOT & KASTANIEN

gültig im September und Oktober

3 ÜBERNACHTUNGEN IM DOPPELZIMMER

Standard zum Preis von CHF ~~360.-~~ 305.- pro Person netto VPOD
Superior zum Preis von CHF ~~390.-~~ 330.- pro Person netto VPOD

Der Preis beinhaltet:

- 3 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Balkon, Dusche, WC, Safe, Fön, Kühlschrank, TV SAT
- Frühstücksbuffet
- 1 „Gourmetmenu“ Merlot & Kastanien
- 2 Drei-Gänge-Abendessen
- 1 Flasche Merlot
- freie Parkplätze
- W-LAN
- Service und Mehrwertsteuer

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit



«Was passiert eigentlich, wenn die Katze des Nachbarn meinen Kanarienvogel frisst?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter |s/t

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich